

Silke Mende

Von der »Anti-Parteien-Partei« zur »ökologischen Reformpartei«

Die Grünen und der Wandel des Politischen

Im Juni 1982 gab Petra Kelly ein Interview im SPIEGEL, in dem sie die Vision einer »fundamentalen Antikriegspartei« formulierte, einer »ökologisch-gewaltfreien Partei«, die per se »keine Koalition« eingehe. Für die Grünen seien Parlamente stattdessen ein »Ort wie der Marktplatz, wie der Bauplatz, wo wir sprechen können, unsere Standpunkte hineinbringen und Informationen hinausbringen können«. Gleichzeitig äußerte sie die Befürchtung, dass sich dieses Politikverständnis verändern könne: »Wenn die Grünen eines Tages anfangen, Minister nach Bonn zu schicken«, so Kelly, »dann sind es nicht mehr die Grünen, die ich mit aufbauen wollte.«¹ Die Überschrift des Interviews lautete: »Wir sind die Anti-Parteien-Partei«. Dieses für die frühen Grünen so einflussreiche Etikett hatte die grüne Parteisprecherin an dieser prominenten Stelle erfolgreich geprägt und popularisiert.

Wenig später, im Oktober 1982, findet sich an weniger bekanntem Ort, nämlich in der Frankfurter Sponti-Zeitschrift »Pflasterstrand«, ein auf mittlere Sicht hin nicht minder einflussreicher Artikel, in dem mit Blick auf die politische Rolle der Grünen eine ganz andere Sichtweise vertreten wird. Ein zentraler Passus des Texts, der als Antrag zum Landesparteitag der hessischen Grünen formuliert wurde, lautet: »In defensiver Fundamentalopposition zu verharren heißt, eine historische Chance zu verspielen, heißt der SPD den Spielraum geben, den die Bewegungen eigentlich den Grünen zugemessen haben.« Indem man zunächst Tolerierungsbündnisse mit der SPD einging, könne verdeutlicht werden, »daß grüne Politik schon jetzt bis in die Sozialdemokratie hinein mehrheitsfähig wirksam wird«. Diese Strategie stelle möglicherweise Weichen »für die Schaffung eines ökologischen Blocks in den 90er Jahren«.² Unterzeichnet war dieser Beitrag von einigen Protagonisten aus der Frankfurter Sponti-Szene, unter ihnen Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer. Die Autoren bezeichneten sich selbst als »Arbeitskreis Realpolitik«. Es war unter anderem diese, bald den hessischen Landesverband dominierende Gruppe, welche die Partei gegen massive Widerstände und um den Preis personeller Abspaltungen schließlich auf einen realpolitischen Kurs verpflichtete.

Den konkreten Kontext beider Dokumente bildeten die Wahlerfolge, welche die Grün-Alternativen 1982 in Hamburg und Hessen errungen hatten, wo die Sozialdemokraten in beiden Fällen auf ihre Unterstützung bei der Regierungsbildung angewiesen waren. Nach der hessischen Landtagswahl am 26. September 1982 prägte deren Vorsitzender Willy Brandt sein bekanntes Bonmot von einer neuen »Mehrheit diesseits der Union«.³ Das zielte sowohl auf den bereits zu diesem Zeitpunkt absehbaren Bruch der Bonner sozial-liberalen Koalition als auch auf die Perspektive nahender Neuwahlen im Bund. Der zu erwartende Einzug einer grünen Fraktion in den Deutschen Bundestag, der im März 1983

1 Petra Karin Kelly, »Wir sind die Anti-Parteien-Partei«, Spiegel-Gespräch, in: Der SPIEGEL, 14.6.1982, S. 47–56, hier: S. 49f. Zu Petra Kelly: Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

2 Zwischen puritanischer Skylla und opportunistischer Charybdis für eine listige Odyssee. Antrag zum Landesparteitag der Grünen, in: Pflasterstrand 1982, Nr. 143, S. 9–10. Vgl. auch Wolfgang Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: AfS 44, 2004, S. 105–121, hier: S. 117f.

3 Vgl. Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 300f. und 330–334. Das Brandt-Zitat: ebd., S. 330.

tatsächlich gelang, ließ nicht nur den SPD-Vorsitzenden über neue Macht- und Koalitionsoptionen nachdenken, sondern eben auch manche Grüne.

Insofern markiert das Jahr 1983 und das Nebeneinander der eingangs zitierten Texte nicht nur eine Zäsur im parteipolitischen System der Bundesrepublik⁴, sondern auch einen Wendepunkt in der Geschichte der Grünen. Es war der Abschluss der grünen Formierungsphase, die im letzten Drittel der 1970er Jahre begonnen und 1980 in der Gründung der grünen Bundespartei ihren Höhepunkt gefunden hatte. Während Petra Kelly und andere das in diesem Zeitraum geprägte Selbstverständnis als »Anti-Parteien-Partei« bekräftigten, wurde von anderer Seite bereits auf eine parlamentarische Machtbeteiligung, auf die Schaffung eines »ökologischen Blocks in den 90er Jahren«, spekuliert. Der Widerstreit dieser unterschiedlichen Politikverständnisse prägte die Geschichte der Partei in den 1980er Jahren maßgeblich und ging als »Fundi-Realo«-Kontroverse in sie ein. Gleichzeitig wirft er die Frage auf, welche Rolle den Grünen in einem längerfristig angelegten »Wandel des Politischen« zukommt, der sich nicht auf die 1980er Jahre beschränken lässt, wenn er auch in diesem Jahrzehnt dauerhaften parlamentarischen Niederschlag fand. In dem Beitrag werden deshalb auch Entwicklungslinien in den Blick genommen, die bis in die späten 1960er Jahre zurückreichen. Es geht zum einen um jene politischen Transformationsprozesse in den letzten beiden Jahrzehnten der Bonner Republik, die sich an der Geschichte der Grünen ausschnittsweise ablesen lassen und für die sie in mancherlei Hinsicht sogar paradigmatisch sind. Zum anderen rückt vor allem die Entwicklung der Grünen selbst ins Blickfeld.⁵ Beides war eng miteinander verschränkt und muss deshalb miteinander in Bezug gesetzt werden.

In einem ersten Schritt wird zunächst die Formierung der Grünen aus dem Kontext der Protestbewegungen seit den späten 1960er Jahren resümiert (I.). Die beiden folgenden Abschnitte sind sodann den ideologischen und organisatorischen Entwicklungen gewidmet. Es geht um die Verortung der Grünen im hergebrachten Rechts-Links-Spektrum und ihre Etablierung als linksökologische Partei (II.) sowie die Veränderung ihres ursprünglich radikaloppositionellen Politikverständnisses hin zur Realpolitik. (III.). In den drei darauffolgenden Abschnitten wird die programmatische Entwicklung der Partei exemplarisch beleuchtet. Das ist zum einen die Positionierung zu Wachstum und Fortschritt als Schlüsselkategorien der industriellen Moderne (IV.), zum anderen die Erschließung neuer Themenfelder jenseits von Ökologie, Frieden und Demokratie. Letztere hatten die Agenda der grünen Gründungsphase dominiert und wurden nun um neue Anliegen und Politikfelder ergänzt. Beispielhaft werden die grundlegenden grünen Positionen zu Migration und »multikultureller Gesellschaft« (V.) sowie zur Arbeits- und Sozialpolitik beleuchtet (VI.).

I. DIE FORMIERUNG DER GRÜNEN AUS DEM KONTEXT DER PROTESTBEWEGUNGEN

Als sich die Grünen am 12. und 13. Januar 1980 in Karlsruhe als Bundespartei gründeten, markierte das den vorläufigen Schlusspunkt einer Entwicklung, die am Ende der 1960er Jahre begonnen hatte. Damals betraten in der Bundesrepublik wie überall in Westeuropa neue Akteure die politische Bühne, außerparlamentarische Gruppen und Bewegungen

4 *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 133, bewertet den Einzug der Grünen in den Bundestag und in die Landesparlamente als fundamentale Veränderung mit langfristigen Folgen.

5 Dabei kann es keinesfalls darum gehen, die Organisations-, Programm- oder Ereignisgeschichte der Partei detailliert oder gar umfassend nachzuzeichnen. Vgl. dazu die umfangreichen politikwissenschaftlichen Studien von *Rudolf van Hüllen*, Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchungen zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen »Bewegungspartei«, Bonn 1990, sowie vor allem *Raschke*, Die Grünen.

forderten das parlamentarische Parteiensystem heraus. Was 1968 mit APO und Studentenbewegung seinen Anfang nahm, setzte sich mit einer Vielzahl weiterer Protestbewegungen fort, die das Bild der 1970er und 1980er Jahre bestimmten.⁶ In Bürger- und Basisinitiativen engagierten sich Zehntausende für die Rechte der Frauen und die Anliegen der »Dritten Welt«, sie kämpften gegen Umweltverschmutzung und Kernkraftwerke und machten sich für Bürger- und Minderheitenrechte sowie den weltweiten Frieden stark. Der von den zeitgenössischen Politik- und Sozialwissenschaften für diese Gruppen geprägte Begriff der »Neuen sozialen Bewegungen« hebt die Unterschiede zu den vermeintlich »alten« sozialen Bewegungen hervor, allen voran zur Arbeiterbewegung. Neben der Umwelt- und Friedensbewegung, der Frauen- und »Dritte-Welt«-Bewegung, werden zu ihnen ebenfalls Projekte und Initiativen aus dem alternativen Milieu sowie Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich gezählt.⁷

Ob der Bruch zu den sogenannten »alten« sozialen Bewegungen tatsächlich so glatt war, wie es die sozialwissenschaftliche Definition nahelegt, und wie sich vor allem das Verhältnis der Neuen sozialen Bewegungen zu »1968« darstellte, bleibt indes umstritten. Einerseits unterstreicht der Bereich der politisch-sozialen Praxis deutlich das Neuartige der 68er.⁸ An ihr antiinstitutionelles Politikverständnis und ihre öffentlichkeitsorientierten Protestformen konnten die Bewegungen der 1970er Jahre einerseits in vielfältiger Weise anschließen. Andererseits unterschieden sie sich von der Mehrheit der 68er in räumlicher, zeitlicher und thematischer Perspektive. Lokale und regionale Aktionszusammenhänge gewannen nun an Bedeutung. Das Engagement der Bürger- und Basisinitiativen galt meist konkreten Missständen und Interessen vor Ort, die mittels dezentraler Lösungen bewältigt werden sollten. Zudem trat an die Stelle von Zukunftsoptimismus und universellen Veränderungsansprüchen die Idee der »konkreten Utopie«, der zeitnahen Verwirklichung eigener Wertmaßstäbe und Vorstellungen im Hier und Jetzt. Schließlich repräsentierten die Protestbewegungen der 1970er Jahre neu auf die politische Agenda getretene Themen und Problemlagen. Sie hatten weniger die Anliegen und Konflikte der Arbeitsgesellschaft zum Gegenstand, sondern Fragen aus dem Bereich der Lebensqualität, die quer zu den klassischen industriegesellschaftlichen Konfliktlinien lagen.⁹

Hinsichtlich der Akteure ist der Befund ähnlich ambivalent. Wie bei den 68ern dominierten auch bei den Neuen sozialen Bewegungen junge, gut ausgebildete Angehörige der Mittelschichten mit einem Schwerpunkt im städtischen Bereich.¹⁰ Dennoch haben wir es,

6 Beispielhaft zu 1968: *Norbert Frei*, 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008, sowie *Ingrid Gilcher-Holtey* (Hrsg.), 1968. *Vom Ereignis zum Mythos*, Frankfurt am Main 2008. Zu den Neuen sozialen Bewegungen: *Roland Roth/Dieter Rucht* (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main/New York 2008.

7 Vgl. die Definition bei *Roland Roth/Dieter Rucht*, *Neue soziale Bewegungen*, in: *Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen* (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, 2., völlig überarb. u. aktual. Aufl., Opladen 2002, S. 296–302.

8 *Martin Klimke/Joachim Scharloth* (Hrsg.), 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Bonn 2008.

9 Vgl. etwa die Beiträge in: *Sven Reichardt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), *Das alternative Milieu. Anti-bürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

10 Beispielhaft: *Karl-Werner Brand*, *Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen*, in: *Roland Roth/Dieter Rucht* (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Bonn 1987, S. 30–44, hier: S. 42. Diese Sozialstruktur sollte sich später im Großen und Ganzen auch bei den Grünen wiederfinden. Vgl. *Josef Boyer*, *Die Grünen. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: *ders./Till Kössler* (Bearb.), *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Teilbd. 4: *SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990*, Düsseldorf 2005, S. 947–1032.

anders als 1968, nicht mit dezidierten Jugendbewegungen zu tun: Gerade in der Umwelt-, aber auch der Friedensbewegung, die sich im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses an der Wende zu den 1980er Jahren formierte, waren ebenfalls ältere Menschen engagiert. Und auch in ideologischer Hinsicht trafen hier mitunter sehr heterogene Gruppierungen aufeinander.¹¹ Anschließend an das Politikverständnis der 68er artikulierten sich der vielfältige Protest der Neuen sozialen Bewegungen zunächst bewusst außerhalb der Parlamente. Besonders in der Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Kernenergie verfestigte sich die Staats- und Parlamentarismus-Skepsis vor allem linker Gruppen.¹² Dennoch wurde im AKW-Konflikt der Grundstein dafür gelegt, dass sich ein Teil der Protestbewegungen im letzten Drittel der 1970er Jahre auf den Weg in die Parlamente machte. Besonders 1977, jenem Jahr, das den Höhepunkt der Auseinandersetzungen bildete und in dem sich die Kernkraftkontroverse aufs Engste mit dem Thema des Terrorismus verband, wurde für viele Aktivisten das Verfahren der Situation deutlich. In Brokdorf, Grohnde und Kalkar eskalierte der Konflikt und wurde von gewalttätigen Konfrontationen begleitet, angesichts derer man begann, über politische Alternativen nachzudenken. Der »außerparlamentarische massenhafte Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken«, fasste etwa Joschka Fischer seine Erfahrungen zusammen, war »an einen militärischen Endpunkt gelangt«.¹³ Karl Kerschgens wiederum, der später einmal Fischers Staatssekretär im hessischen Umweltministerium werden sollte, war zu der Einsicht gekommen, dass die Arbeit der Bürgerinitiativen zwar zur Verzögerung und Verhinderung einiger Bauprojekte geführt habe, wirklich wirksame Politik jedoch nur über die Parlamente erfolgen könne.¹⁴ Ausgehend von der Anti-AKW-Kontroverse entfaltete sich im letzten Drittel des Jahrzehnts eine zunächst dezentrale und sehr heterogene Wahlbewegung.¹⁵ Aus den Protestbewegungen heraus wurden sogenannte grüne, bunte und alternative Listen gegründet, die bei Wahlen bald mehr als nur Achtungserfolge erzielten und Abgeordnete in die Parlamente entsandten. Was im lokalen und regionalen Bereich begann und sich in den Bundesländern fortsetzte, erreichte schließlich die Bundesebene. Im Januar 1980 gründeten sich die Grünen als Bundespartei und waren bald in weiteren Landesparlamenten vertreten. Auf ihren Einzug in den Bundestag mussten sie jedoch noch bis 1983 warten.

In dem hier nur kurz skizzierten Formierungsprozess der Grünen waren zwei Befunde besonders augenfällig, die bereits bei den Protestbewegungen der 1970er Jahre beobachtet werden konnten, bei der neu gegründeten Partei jedoch noch markanter ausgeprägt waren. Von Anhängern wie Kritikern gleichermaßen wurde das Aufkommen der Neuen sozialen Bewegungen wie der Grünen zunächst als Symptom für einen Umbruch in der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung, wenn nicht sogar in der Entwicklung der mo-

-
- 11 Zur Umweltbewegung beispielhaft: *Jens Ivo Engels*, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006. Zur Friedensbewegung etwa: *Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke* u. a. (Hrsg.), »Entrüstet Euch!«. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012.
- 12 Vgl. *Thomas Dannenbaum*, »Atom-Staat« oder »Unregierbarkeit«? Wahrnehmungsmuster im westdeutschen Atomkonflikt der 70er Jahre, in: *Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels* (Hrsg.), Natur und Umwelt in Deutschland nach 1945. Probleme, Wahrnehmungen, Bewegungen und Politik, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 268–286.
- 13 *Joschka Fischer*, Warum eigentlich nicht?, in: *ders.*, Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek 1984, S. 88–98, hier: S. 88f. (zuerst erschienen in: *Pflasterstrand* 1978, Nr. 40).
- 14 Manuskript für Gepa-Rundbrief, Februar 1980: Warum wähle ich die Grünen?, S. 1f., Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), Berlin, A-Kerschgens, Karl, Nr. 12.
- 15 Zu der Organisations- und Ereignisgeschichte des grünen Gründungsprozesses vgl. immer noch: *Lilian Klotzsch/Richard Stöss*, Die Grünen, in: *Richard Stöss* (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Sonderausgabe Bd. 3: EAP bis KSP, Opladen 1986, S. 1509–1598.

deren Industriegesellschaft gewertet.¹⁶ Tatsächlich vertraten die frühen Grünen Werte und Überzeugungen, die sich von jenen der bundesdeutschen »Mehrheitsgesellschaft« markant unterschieden und bisher gültigen Leitvorstellungen entgegenstanden. In ihren Inhalten und ihrem Politikstil spiegelten sich zahlreiche jener Transformationsprozesse wider, die Politik und Gesellschaft der 1970er Jahre charakterisierten.¹⁷ Viele ihrer Forderungen wie ökologisches Wirtschaften oder weltweite Verteilungsgerechtigkeit ließen sich mit den industriegesellschaftlichen Prioritäten der Mehrheitsgesellschaft, allen voran Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, nicht ohne Weiteres in Einklang bringen. Darüber hinaus propagierten sie Werte und Ordnungsvorstellungen, die sich gegen die Zielvereinbarungen der nunmehr brüchig gewordenen Arbeitsgesellschaft richteten: Massenkonsum und wirtschaftliches Wachstum waren aus ihrer Sicht nicht bloß nicht mehr erreichbar, sondern auch nicht mehr wünschens- und erstrebenswert. Neben solchen in den 1970er Jahren neu auf die politische Agenda gesetzten Themen traten sie jedoch auch weiterhin für Anliegen ein, die bereits für die Protestbewegungen der 1960er Jahre von Bedeutung gewesen waren. Im Kontext von »Radikalenerlass«, »Repression« und Terrorismusbekämpfung war vor allem das Engagement für Grund- und Bürgerrechte weiterhin aktuell und spielte auch bei der Gründung der Grünen eine wichtige Rolle. Sowohl hinsichtlich bestimmter Inhalte als auch bestimmter Formen von Politik standen sie also einerseits in der Kontinuität der Protestbewegungen seit den späten 1960er Jahren, andererseits repräsentierten sie das Aufkommen neuer Themen und Politikfelder, vor allem rund um das Schlagwort »Lebensqualität« und dessen Kernthemen »Umwelt« und »Frieden«.

Daneben dominierte in der Formierungsphase der Grünen ein zweiter zeitgenössischer Befund. Er zielte auf die Vielfalt an Personen, Projekten und Programmen, die dort zusammentrafen. Auch dieser Eindruck hatte in mancher, wenn auch nicht solch auffälliger Weise, bereits die Initiativen und Bewegungen der 1970er Jahre charakterisiert und prägte nun in noch stärkerem Maße die Gründungsgrünen. Deren Spektrum reichte vom konservativen Naturschutz über verschiedene Konzepte eines »Dritten Wegs« bis hin zu unterschiedlichen Gruppen der undogmatischen Linken und Teilen kommunistischer Kadergruppen.¹⁸ In der grünen Bewegung trafen nach traditionellem Rechts-Links-Denken grundverschiedene, teilweise einander antagonistisch gegenüberstehende Gruppen und Personen zusammen. Darüber hinaus fielen immer wieder regionale Unterschiede ins Auge: Die Mitglieder grüner Listen und Initiativen in ländlichen Regionen vertraten andere Themen und Konzepte als ihre lebensweltlich ganz anders geprägten Kollegen, die in den bunten und alternativen Listen der Groß- oder Universitätsstädte organisiert waren. Darüber hinaus lässt sich, wenn auch mit Vorsicht, ein Nord-Süd-Unterschied beobachten.¹⁹ Mit Blick auf diese Vielfalt fragten sich zahlreich Zeitgenossen, ob bei all diesen Unterschieden eine grüne Parteigründung überhaupt gut gehen könne. Das illustriert etwa folgender, spontimäßig zugespitzter Bericht von der Offenbacher Delegiertenversammlung der Europagrünen im November 1979, der im »Pflasterstrand« erschien:

»Neugierig beguckt ein älterer Herr in Trachtenjacke die Buttons auf dem Leder von Conny von den Brühwarms, der für die Schwulen sprach. »I'M EATING MY OWN SPERMA« ist da zu lesen. Ob der Ältere wohl englisch kann? Herren in Anzügen und Opis mit Goldnadeln und Schlips lau-

16 Vgl. etwa *Ernst Köhler*, Einige zaghafte Einwände gegen linken Pessimismus. Betrachtungen über ein unpolitisches Volk – und den Protest der Grünen, in: *Die ZEIT*, 31.8.1979, S. 46.

17 Zu den Transformationsprozessen der 1970er Jahre: *Konrad Jarausch* (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 2., erg. Aufl., Göttingen 2010 (zuerst 2008).

18 Ausführlich: *Silke Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

19 Vgl. etwa *Raschke*, *Die Grünen*, S. 244f. und 385–394.

schen Bahros kommunistischen Überzeugungen, im Foyer hält mir eine Dame im Spitzenblüschchen eine flammende Rede, daß ich das Rauchen aufhören soll, und schon gar nicht hier, wo doch Kinder sind. Vor so viel Engagement werde ich ganz verlegen. [...] Es sind total widersprüchliche Leute, die sich da streiten. Aber sie streiten sich. [...] Für mich ist die Konfrontation dieser vielen verschiedenen Weltbilder – die Gruhlsche Fraktion mit der Frauenbewegung, die Arbeiterbewegung mit der Alternativbewegung, der KB mit den Jusos-Grünen usw. – ersteinmal interessant. Und ich glaube, daß es trotz aller Unkenrufe, Lernprozesse geben wird, die wichtig und notwendig sind.«²⁰

In dem Ausschnitt klingt bereits an, dass die Spontis sich zu diesem Zeitpunkt ihrer hier zur Schau gestellten skeptisch-ironischen Distanziertheit gegenüber dem grünen Parteiprojekt keinesfalls mehr sicher waren.²¹ Gleichzeitig illustriert er, dass die Gründungsgrünen sowohl hinsichtlich ihrer Themen als auch ihrer Trägergruppen keine bloße Fortsetzung der 68er-Bewegung waren. Dennoch nahmen sie deren Impulse in vielerlei Hinsicht auf, veränderten und verstetigten sie, um sie schließlich in die Parlamente einzubringen und darüber auf lange Sicht auch die ursprünglich kritisierte bundesdeutsche Mehrheitsgesellschaft zu verändern. Insofern spiegelten die Gründungsgrünen in mehrfacher Hinsicht jene politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse wider, die ihren Ausgang in den 1960er Jahren genommen hatten und sich nun im Formierungsprozess der Partei an der Wende zu den 1980er Jahren niederschlugen. Gleichzeitig sahen sich die Grünen selbst sehr rasch einer Reihe von Veränderungen gegenüber, die ihre frühe Parteilgeschichte prägten und sie zehn Jahre nach ihrer Gründung und an der Wende zu den 1990er Jahren als eine in mancherlei Hinsicht stark gewandelte politische Kraft erscheinen ließen.

Das betraf zunächst ihre politisch-ideologische Verortung: Am Ende einer ganzen Reihe innerparteilicher Streitigkeiten und inhaltlicher Kontroversen, welche die 1980er Jahre durchzogen, wurden die Grünen zu einer reformorientierten, linksökologischen Partei, die mit dem Gründungsschlagwort des »nicht rechts, nicht links, sondern vorn« nur noch wenig gemein hatte und sich schrittweise vom ursprünglichen Selbstverständnis der »Anti-Parteien-Partei« entfernte. Wie es dazu kam und im Kontext welcher Wandlungsprozesse diese Entwicklungen zu sehen sind, wird in den folgenden beiden Abschnitten betrachtet.

II. VOM »NICHT RECHTS, NICHT LINKS, SONDERN VORN« DER GRÜNDUNGSPHASE ZUR LINKSÖKOLOGISCHEN PARTEI: DIE IDEOLOGISCHE ENTWICKLUNG DER GRÜNEN

Davon dass die grüne Bewegung vor dem Hintergrund neuer, seit der Wende zu den 1970er Jahren auftretender Herausforderungen und Problemlagen entstanden ist, war bereits die Rede. Eine für diesen Zusammenhang zentrale Kategorie, die der »Lebensqualität«, wurde zu Beginn des Jahrzehnts maßgeblich von Erhard Eppler, dem ökologischen Vordenker der Sozialdemokraten, in die bundesdeutsche Diskussion eingeführt.²² Als er davon im April 1972 auf einer Tagung der IG Metall sprach, prognostizierte er, dass die mit der ökologischen Herausforderung zusammenhängenden Fragen auch zu Verschiebungen im politisch-ideellen Gefüge der westlichen Industriegesellschaften führen wür-

20 E. Schnittlauch, Grüne Katze im Sack? Gedanken zum Offenbacher Kongreß, in: Pflasterstrand 1979, Nr. 67, S. 23f. (Hervorhebung im Original).

21 Vgl. auch Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene, S. 115–117.

22 Vgl. die Aufsatzsammlung: Erhard Eppler, Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität?, Stuttgart/Berlin etc. 1974. Dazu auch: Kai F. Hünemörder, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973), Stuttgart 2004, S. 227–241, sowie Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 224–229.

den: »Es werden Konservative sein, die, gebunden an handfeste Interessen, zumindest im Ökonomischen den Fortschrittsmythos hochhalten. [...] Und es werden Progressive sein, die sich der Realität stellen, die sich fragen, was innerhalb der nun sichtbaren Grenzen Fortschritt sei.«²³ Wenig später prägte der nunmehrige Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission ein Begriffspaar, das diesen Gedanken aufgriff und darauf zielte, die konstatierte Veränderung bisheriger Wertmaßstäbe und politischer Zuschreibungen im Lichte der Ökologieproblematik begrifflich zu fassen. Er sprach von »wertkonservativ« und »strukturkonservativ« und popularisierte diese Unterscheidung in seinem 1975 erschienenen Bestseller »Ende oder Wende«.²⁴ Indem der Sozialdemokrat Eppler zwei Varianten von »konservativ« entwarf, suchte er einerseits die Umweltthematik für die Linke greif- und verstehbar zu machen und sie andererseits als Politikfeld der Sozialdemokraten zu besetzen.²⁵ Den Unionsparteien hingegen schob er kaum verhohlen den schwarzen Peter des Strukturkonservatismus zu. Gleichzeitig gelang es ihm, griffig auf den Punkt zu bringen, was viele in der bundesdeutschen Debatte der 1970er Jahre zu bemerken schienen: die Ahnung, dass sich die politische Landschaft der Nachkriegszeit veränderte und gewohnte politische Zuschreibungen von »konservativ« und »progressiv«, »rechts« und »links« angesichts der neu auf die Agenda getretenen Themen und Herausforderungen in Bewegung gerieten.²⁶ Die Umwelt- und Wachstumsproblematik spiegelte diese neue Verunsicherung besonders deutlich wider: »Die neuen ökologischen Fragen«, erinnert sich der Sozialdemokrat Johano Strasser, »komplizierten alles, was vordem relativ einfach erschienen war. Vor allem wurden die Fronten zwischen Links und Rechts fließend. Die ökologische Frage schuf ganz neue Fraktionierungen, die meist quer zu den gewohnten verliefen und darum Verwirrung stifteten.«²⁷

Die Gründung der Grünen muss nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. Denn ausnahmslos alle Gruppen und Strömungen, die in der Formierungsphase in ihnen zusammentrafen, waren in unterschiedlicher Weise davon überzeugt, dass die hergebrachten politischen Bezugsgrößen und Kategorien im Lichte der ökologischen Herausforderung nicht mehr griffen, sondern der Veränderung bedurften. Gleichzeitig erlaubte es die Situation der späten 1970er Jahre, die weithin als Periode der ideologischen Verschiebungen und begrifflichen Neuorientierungen wahrgenommen wurde²⁸, bisher un-

23 Erhard Eppler, Die Qualität des Lebens, in: IG Metall (Hrsg.), Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens, Bd. 1, Frankfurt am Main 1973, S. 86–101, hier: S. 98.

24 Erhard Eppler, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart/Berlin etc. 1976, insb. S. 34–45 (zuerst 1975). Vgl. dazu: Rüdiger Graf, Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 207–228, hier: S. 219f., Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«, S. 433f., sowie Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 424f.

25 Das an der Wende zu den 1970er Jahren neu entdeckte Politikfeld »Umwelt« bildete zunächst einen Bestandteil der sozial-liberalen Reformagenda, bevor es seit 1975 unter Bundeskanzler Helmut Schmidt im Kontext der Wirtschaftskrise wieder hinter ökonomischen Prioritäten zurückzustehen hatte. Vgl. Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik, S. 275–294.

26 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«, S. 407–445.

27 Johano Strasser, Als wir noch Götter waren im Mai. Erinnerungen, München/Zürich 2007, S. 192.

28 Am Beispiel der USA: Daniel T. Rodgers, Age of Fracture, Cambridge, MA/London 2011. Zu den in den 1970er Jahren beobachtbaren »Begriffskämpfen« in der Bundesrepublik: Martin H. Geyer, Rahmenbedingungen: Unsicherheit als Normalität, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6: 1974–1982 Bundesrepublik Deutschland. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheit, Baden-Baden 2008, S. 1–109. Demzufolge ließen sich überall »Versuche der Neupositionierung und der Neuorientierung erkennen, die einhergingen mit der Suche nach einer neuen Sprache.«; ebd., S. 5.

möglich erschienene politische Konstellationen zu denken, die jenseits des klassischen Rechts-Links-Gegensatzes lagen. Eng verknüpft war dies mit zwei politischen Debattensträngen, die die Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre prägten: die Selbstverständigungsdiskussionen des bundesdeutschen Konservatismus und die »Krise der Linken«.

Aus dem »Empfinden einer tiefen Hegemoniekrise« heraus, das den deutschen Konservatismus parteipolitischer wie publizistischer Couleur in den 1970er Jahren kennzeichnete, wurden unterschiedliche Versuche einer Erneuerung konservativen Denkens unternommen. Die Auseinandersetzung darüber, was »konservativ« sei beziehungsweise zu sein habe, war in der Bundesrepublik eng mit dem Schlagwort »Tendenzwende« verknüpft, das seit Mitte des Jahrzehnts die Diskussionen prägte. Es zielte zum einen auf die vermeintliche Erosion der Parameter sozialdemokratischer Politik im Zeichen von »Grenzen des Wachstums«, »Ölpreisschock« und wirtschaftlichen Krisen. Zum anderen formulierte es die Hoffnung auf eine baldige politische Wende hin zum konservativen Lager.²⁹ Die Hinwendung bekennender Konservativer zum grünen Parteiprojekt, wie etwa des ehemaligen CDU-Umweltexperten Herbert Gruhl, muss auch vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Obwohl seinerzeit noch heftig darüber gestritten wurde, welche Richtung die Unionsparteien einschlagen sollten, stand für ihn wie für andere konservative Exponenten der Gründungsgrünen bereits fest, dass es der falsche sein würde. Denn in ihren Augen hatte der bundesdeutsche Konservatismus bereits seit den 1950er Jahren eine verhängnisvolle Abkehr von der konservativen Idee der Bewahrung vollzogen und sich stattdessen mit der technischen und Zug um Zug auch mit der kulturellen Moderne ausgesöhnt.³⁰ Ehemalige Parteigänger der CDU/CSU und nunmehrige Gründungsgrüne reklamierten für sich und die entstehende grüne Partei das Etikett »der wahren Konservativen«³¹ und knüpften damit an die epplersche Unterscheidung von Wert- und Strukturkonservativen an, wenn auch unter umgekehrten ideologischen Vorzeichen:

»Wir erleben zur Zeit eine Umgruppierung der politischen Kräfte. Die alten Begriffe »rechts« und »links« stimmen schon lange nicht mehr. Was im politischen Sprachgebrauch als »konservativ« bezeichnet wird, die Linie Strauß / Stoltenberg etwa, die sind ja für die schnellstmögliche, radikale Veränderung durch immer weiteres Wachstum, das sind die größten Veränderer, und ich sage jetzt: Zerstörer unserer Lebensgrundlage. Dagegen stellen sich die neuen Kräfte, die sich jetzt gruppieren. Das sind die echten Konservativen.«³²

Die Auseinandersetzungen innerhalb des konservativen Lagers fanden ihr Pendant in Debatten auf der linken Seite des politischen Spektrums. Zeitgenössisch wurden sie als »Krise des Marxismus« oder weiter gefasst als »Krise der Linken« bezeichnet. Für die

29 Vgl. Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AFS 44, 2004, S. 449–478, Zitat: S. 478. Außerdem: Frank Bösch, Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Jarausch, Das Ende der Zuversicht?, S. 296–309; Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006, insb. S. 94–116, sowie Nikolai Wehrs, Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« und die Tendenzwende der 1970er Jahre, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main 2010, S. 91–112. Insbesondere mit Blick auf die Umweltthematik: Graf, Die Grenzen des Wachstums.

30 Zu diesem Prozess der »Aussöhnung«: Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 208–235, sowie Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 324–350.

31 Herbert Gruhl, Grüne Zukunftspolitik als historische Notwendigkeit. Böblinger Rede vom 8. September 1979 (erneuerte Fassung), 8.9.1979, S. 3, AGG, A-Vogel, Werner, Nr. 14.

32 Herbert Gruhl, zit. in: »In Hessen schaffen die Grünen fünf Prozent«. Sternreporter Heinrich Jaenecke sprach mit Herbert Gruhl, in: Der Stern, 22.6.1978.

Geschichte der Grünen waren sie, mittel- und langfristig betrachtet, ungleich bedeutsamer. Diese veritable Identitätskrise, die ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre weite Teile der bundesdeutschen, aber auch der westeuropäischen Linken erfasste, wurde durch ein ganzes Bündel von Entwicklungen verursacht, welche die Frage nach der Gültigkeit bisheriger Parameter linker Politik aufwarfen.³³ Dazu gehörten das Stillschweigen der Arbeitnehmer trotz steigender Arbeitslosigkeit und empfindlicher wirtschaftlicher Strukturkrisen, die Wirkungslosigkeit sozialistischer Rezepte in der spätkapitalistischen Gesellschaft und nicht zuletzt die Sprachlosigkeit linker Theorie angesichts der Ökologieproblematik. Darüber hinaus wurde in Debatten der »Neuen Linken« schon seit einiger Zeit ein Erlahmen des revolutionären Elans beklagt, der den antiautoritären Aufbruch von 1968 begleitet hatte.³⁴ Im bundesdeutschen Kontext machte sich diese mithin aus vielerlei Motiven gespeiste »Krise der Linken« etwa in der Erosion des K-Gruppen-Spektrums oder auch in den Suchbewegungen der undogmatischen Linken bemerkbar.³⁵ Und auch die SPD blieb von solcherlei Selbstverständigungsdebatten nicht verschont, wie die paradigmatische Auseinandersetzung zwischen Erhard Eppler und Helmut Schmidt oder auch die Entwicklung der Jusos unterstreicht.³⁶ Viele der an diesen Diskussionen Beteiligten engagierten sich während der Wende zu den 1980er Jahren an der Gründung der Grünen. Die »Krise der Linken« bildete eine wichtige Hintergrundfolie für ihre ökologische Neuorientierung. Es gab kaum ein anderes Thema, das die Prämissen eines traditionell sozialistischen Ansatzes derart herausforderte. Das brachte beispielsweise Joschka Fischer in einem Artikel aus dem Jahr 1978 pointiert zum Ausdruck: »Was ist denn in der Ökologie noch das alte Links und Rechts, was mit den bewährten Klassenkampffronten und der kommunistischen Utopie der befreiten Produktivkräfte, die heute doch wohl eher als gruselige Science-fiction erscheint.«³⁷ Wie andere Strömungen und Gruppen, die aus dem breiten Sammelbecken der bundesdeutschen Linken an der Gründung der Grünen beteiligt waren, hatten auch die Spontis im Laufe der 1970er Jahre markante Veränderungsprozesse durchlaufen.³⁸ Das, was »1968« noch links war, galt für die linken Gründungsgruppen der Grünen in dieser Form nicht mehr.

Die beschriebenen Selbstverständigungsdebatten auf beiden Seiten des politischen Spektrums hatten den Boden für die grüne Parteigründung mit bereitet und das breite ideologische Bündnis der Anfangsphase, von »ganz links« bis »ganz rechts«, überhaupt erst ermöglicht.³⁹ Der grüne Gründungslogan »nicht rechts, nicht links, sondern vorn« spiegelte

33 *Norberto Bobbio*, Rechts und Links. Gründe und Bewertungen einer politischen Unterscheidung, 4. Aufl., Berlin 2006 (zuerst 1994). Als wichtiger zeitgenössischer Beitrag: *Louis Althusser*, Über die Krise des Marxismus, in: *ders.*, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978, S. 53–68. Dazu und zum französischen Kontext der Debatten vgl. auch das Tübinger Dissertationsprojekt von *Martin Kindtner*, Wissenskritik als Gesellschaftskritik. Der französische Poststrukturalismus als Gegenwartsanalyse und politisches Projekt.

34 Vgl. beispielhaft das Themenheft »Linker Konservativismus« der Zeitschrift *Ästhetik & Kommunikation* 10, 1979, H. 35.

35 *Gerd Koenen*, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln - 2001; *Michael Steffen*, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin 2002, sowie *Andreas Kühn*, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main/New York 2005, insb. S. 261–285.

36 *Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 587–615 und 640–645, sowie *Dietmar Süß*, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: *AfS* 44, 2004, S. 67–104.

37 *Fischer*, Warum eigentlich nicht?, S. 97.

38 Vgl. *Kraushaar*, Die Frankfurter Sponti-Szene.

39 Weitere, in diesem Beitrag nicht näher beleuchtete Gründungsgruppen, welche den traditionellen Rechts-Links-Gegensatz seit jeher als obsolet betrachteten, wie die nationalneutralistische

die in ihren Reihen weitverbreitete Einsicht in scheinbar überholte politische Zuschreibungen wortmächtig wider und postulierte den Anspruch, etwas grundsätzlich Neues zu repräsentieren. Was jedoch an die Stelle der vermeintlich überholten Richtungsbegriffe treten sollte und wie grüne Politik in der Praxis konkret auszusehen habe, ließ er allerdings offen. In dem Moment, wo sich die Partei in die Niederungen des politischen Alltags, vor allem in die Parlamente begab, waren jedoch positiv konnotierte Konzepte gefragt. Gleichzeitig wurden die im Gründungskonsens übertünchten Spannungen offenbar und führten zu harten Zerreißen, die mit Austritten und Abspaltungen einhergingen.

Das begann mit dem Auszug der Konservativen um Herbert Gruhl. Mit diesen hatten sich die linken Gruppierungen bereits in der Formierungsphase harte Wortgefechte geliefert, welche die Gründung der Grünen als breites und heterogenes Bündnis ein ums andere Mal infrage stellten. Was sich schon in der Formierungsphase abzeichnete, eskalierte nach dem Karlsruher Gründungsparteitag zum beherrschenden Konflikt der Anfangszeit.⁴⁰ Auf dem Saarbrücker Parteitag im März 1980, auf dem das Bundesprogramm der Grünen beraten wurde, wurde abermals deutlich, dass der breite und hauptsächlich negativ formulierte Zusammenschluss der Formierungsphase die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Gruppen nicht mehr überbrücken konnte. Beim Thema »Abtreibung« kollidierte beispielsweise der im Kern konservative, ökologisch motivierte Schutz des ungeborenen Lebens mit dem liberalen Recht der schwangeren Frau auf Selbstbestimmung. Am schärfsten kamen die unterschiedlichen Positionen allerdings in den Auseinandersetzungen um die wirtschaftspolitischen Positionen zum Ausdruck. Schließlich wurde ein Programm verabschiedet, das in den wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Abschnitten hauptsächlich die Impulse der linken und »mittleren« Gründungsgruppen aufnahm. Herbert Gruhl und andere konservative Ökologen forderten stattdessen ein unbedingtes »Primat der Ökologie« ein, das notfalls auch zulasten sozialer Wohlfahrt und bürgerlicher Freiheiten gehen sollte. Das wiederum waren Positionen, mit denen sich die aus der Linken stammenden Gründungsgrünen äußerst schwertaten. Am Ende dieser sich verschärfenden Spannungen stand im Januar 1981 der bereits seit Längerem erwartete Parteiaustritt Herbert Gruhls, dem zahlreiche seiner Anhänger folgten. Einige von ihnen, darunter er selbst, gründeten eine eigene konservative Umweltpartei, die ÖDP.

Nach diesem ideologischen Konflikt der Anfangsphase war der Weg frei für die Weiterentwicklung der Grünen zu einer linksökologischen Partei.⁴¹ Das unter dem Rubrum »nicht rechts, nicht links, sondern vorn« gebildete Bündnis der Formierungsphase hatte sich als zu heterogen erwiesen, um zu bestehen. Nach dem Abschied der Konservativen sollte stattdessen ein linksökologischer Wertekanon, wie er sich im Kontext der skizzierten »Krise der Linken« herausgebildet hatte, die Grünen dominieren und sich damit dauerhaft im parteipolitischen System der Bundesrepublik niederschlagen. Auf seine maßgeblichen Inhalte wird in den drei letzten Abschnitten dieses Beitrags zurückzukommen sein.

»Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD) oder auch ein anthroposophisches Netzwerk, suchten vor diesem Hintergrund, ihre harmonistischen, teilweise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägten Ideen in den Gründungsprozess der Grünen einzubringen. Vgl. dazu Mende, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«, S. 94–134 und 135–167. Zur AUD: Richard Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1980.

40 Vgl. die ausführliche Schilderung bei Hüllen, Ideologie und Machtkampf, S. 259–317.

41 Raschke, Die Grünen, S. 47–54. Dennoch wurden in den 1980er Jahren wiederholt Versuche unternommen, einen grünen Ansatz jenseits des Rechts-Links-Gegensatzes zu formulieren, etwa von den Ökolibertären um Winfried Kretschmann und Thomas Schmid oder der Gruppe »Grüner Aufbruch 88«. Vgl. ebd., S. 155 und 173.

Doch auch nach dieser ersten großen Auseinandersetzung kamen die Grünen nicht zur Ruhe, im Gegenteil. Die sogenannte »Fundi-Realo«-Kontroverse bildete den zweiten, ungleich langlebigeren Konflikt, der die grüne Parteigeschichte der 1980er Jahre prägte. Er entzündete sich am Politikverständnis der Grünen und insbesondere an der Frage, welche Rolle die Partei in den Parlamenten zu spielen habe.

III. VON DER RADIKALOPPOSITION ZUR REALPOLITIK: GRÜNES POLITIKVERSTÄNDNIS UND GRÜNE SYMBOLPOLITIK

Nach dem großen Anfangskonflikt um den »Primat der Ökologie« hatten zwar nicht alle konservativ geprägten Mitglieder die Partei verlassen, und auch diejenigen Netzwerke, die sich einen wie auch immer gearteten »Dritten Weg« auf die Fahnen schrieben, waren größtenteils weiterhin an Bord, aber fortan dominierten jene Gruppen, die aus dem weit gespannten Spektrum der »Neuen Linken« stammten.⁴² Für einen kurzen Zeitraum schien es so, als herrsche nun zunächst einmal Übereinstimmung über die grundsätzliche Konzeption der Grünen als politischer Kraft, sowohl in inhaltlicher als auch in formaler Hinsicht. Während Gruhl und seine Parteigänger stets deutlich gemacht hatten, dass sich Politik in den Bahnen der etablierten Parteiendemokratie und in den Parlamenten abzuspielden habe, vertrat die Mehrheit innerhalb der Gründungsgrünen ein anderes Politikverständnis. Sie hatte sich mit der Entscheidung, Listen oder gar Parteien zu gründen und damit für die Parlamente zu kandidieren, ohnehin sehr schwergetan. Infrage kam deshalb nur die Gründung einer »Alternative zu den herkömmlichen Parteien«, wie sich die Grünen in ihrem ersten Bundesprogramm von 1980 selbst bezeichneten.⁴³ Diese Formulierung und die dahinterstehenden Demokratiekonzepte und politischen Praktiken verweisen zunächst abermals auf die 1970er Jahre als prägendem Erfahrungsraum.

Die grüne Bewegung hatte sich seinerzeit auch vor dem Hintergrund einer im Laufe des Jahrzehnts immer stärker werdenden Kritik an den etablierten politischen Akteuren gebildet. Nicht nur deren Werte und Überzeugungen wurden von den Protestbewegungen infrage gestellt, sondern auch ihre Organisationsformen und ihr politischer Stil. »Im parlamentarischen System«, meinte etwa Irmgard Kohlhepp von der Westberliner Alternativen Liste (AL), »ist der Begriff »Demokratie« eingeengt worden auf das, was die Parteien darunter verstehen: man delegiert die eigene Verantwortung an die gewählten »Volksvertreter«. Damit reduziert sich die Demokratie auf den Weg zur Wahlurne, im Übrigen können »die da oben« machen, was sie wollen.«⁴⁴ Die hier anklingende und bei den frühen Grünen sehr verbreitete Parlamentarismus-Kritik entsprang in vielen Fällen einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Bonner Parteiendemokratie und dem westlichen Modell der repräsentativen Demokratie im Allgemeinen. Darüber hinaus rührte sie von negativen Erfahrungen her, die viele ihrer Anhänger in den 1970er Jahren mit konkretem staatlichem Handeln gemacht hatten. Das betraf etwa die Auseinandersetzungen der »Neuen Linken« mit »Radikalenerlass« und »Repression«, sowie, vor allem im Kernenergiekonflikt, als ungerecht oder schikanös empfundene Erlebnisse mit staatlichen Entscheidungsinstanzen, über die sich auch bürgerliche Atomkraft-Gegner beklagten. Schließlich war

42 *Hüllen*, Ideologie und Machtkampf, S. 419.

43 Die Grünen (Hrsg.), *Das Bundesprogramm*, [Bonn 1980], S. 4. Fortan zitiert als: *Bundesprogramm 1980*. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch: *Silke Mende*, »Die Alternative zu den herkömmlichen Parteien«. Parlamentarismuskritik und Demokratiekonzepte der »Gründungsgrünen« in den siebziger und frühen achtziger Jahren, in: *Thomas Bedorf/Felix Heidenreich/Marcus Obrecht* (Hrsg.), *Die Zukunft der Demokratie. L'avenir de la démocratie*, Berlin 2009, S. 28–59.

44 *Irmgard Kohlhepp* [AL Berlin], »Menschlich miteinander leben«, in: *zitty* 1978, Nr. 25, S. 26.

die aus unterschiedlichen Traditionen gespeiste Staats- und Parlamentarismus-Kritik der Gründungsgrünen Ausdruck schwindenden Vertrauens in die Prämissen von Machbarkeitsglauben und Technikoptimismus, welche die ›langen 1960er Jahre‹ als Jahrzehnt der Planungseuphorie charakterisiert hatten.⁴⁵

Doch worin sollte die »grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien« bestehen, die die Grünen in ihrem Bundesprogramm zu bieten versprochen? Den kleinsten gemeinsamen Nenner bildete ein Prinzip, das auch heute noch im Katalog der grünen Grundüberzeugungen zu finden ist: die »Basisdemokratie«.⁴⁶ Analog zu den in den Bürger- und Basisinitiativen vorherrschenden Prinzipien sollten Entscheidungen in einem transparenten Prozess auf der untersten verantwortlichen Ebene von kleinen, überschaubaren Gruppen getroffen werden. Denjenigen, die von ihnen »betroffen« waren, galt es Mitbestimmung, in manchen Fällen gar ein Vetorecht einzuräumen. Idealerweise sollte das Konsens- an die Stelle des Mehrheitsprinzips treten. Diese Demokratiekonzepte und Politikmodelle waren jedoch keine grünen Erfindungen, sondern vor allem beeinflusst von den Ideen und Handlungsmustern der »Neuen Linken«, der 68er-Bewegung und des alternativen Milieus, die den politischen Erfahrungs- und Sozialisationsraum vieler späterer Gründungsgrünen bildeten.⁴⁷ Als »Parteiorganisation neuen Typs« wollten die Grünen daran anknüpfen und, wie es im ersten Bundesprogramm hieß, das »genaue Gegenbild zu den in Bonn etablierten Parteien« werden.⁴⁸

Dazu gehörte die Überzeugung, dass die grüne Parteigründung zunächst nur eine zusätzliche Möglichkeit sei, um alternative Themen und Konzepte auf die politische und öffentliche Tagesordnung zu setzen. Die Arbeit in der Partei und später auch in den Parlamenten sollte die Aktivitäten der Protestbewegungen lediglich ergänzen und keinesfalls ersetzen.⁴⁹ Der Anspruch spiegelte sich in einem wirkmächtigen Bild wider, das von der grünen Partei der Anfangszeit häufig gebraucht wurde: dem »Spielbein-Standbein«-Konzept. Während die Arbeit in den außerparlamentarischen Bewegungen weiterhin das unverzichtbare »Standbein« der grünen Bewegung sein sollte, war der grünen Parteiorganisation die Rolle des »Spielbeins« in den Parlamenten zugeordnet.⁵⁰ In dieselbe Richtung zielte Petra Kellys eingangs zitiertes Schlagwort von den Grünen als »Anti-Parteien-

45 Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn/München etc. 2005; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 362–401, sowie Alexander Schmidt-Gernig, Das Jahrzehnt der Zukunft. Leitbilder und Visionen der Zukunftsforschung in den 60er Jahren in Westeuropa und den USA, in: Uta Gerhardt (Hrsg.), Zeiterpektiven. Studien zur Kultur und Gesellschaft, Stuttgart 2003, S. 305–345.

46 Ralf Vandamme, Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der neuen sozialen Bewegungen, Opladen 2000. Mit Blick auf die Grünen: Dieter Salomon, Grüne Theorie und graue Wirklichkeit. Die Grünen und die Basisdemokratie, Freiburg im Breisgau 1992; Gudrun Heinrich, Basisdemokratie (Regelungen und Revisionen), in: Raschke, Die Grünen, S. 488–498, sowie Joseph Huber, Basisdemokratie und Parlamentarismus. Zum Politikverständnis der Grünen, in: APuZ 1983, Nr. 2, S. 33–45.

47 Vgl. etwa Wolfgang Kraushaar, Die transatlantische Protestkultur. Das zivile Ungehorsam als amerikanisches Exempel und als bundesdeutsche Adaption, in: Heinz Bude/Bernd Greiner (Hrsg.), Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik, Hamburg 1999, S. 257–284; Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 21, 2008, H. 3, S. 118–130, sowie Salomon, Grüne Theorie, passim.

48 Bundesprogramm 1980, S. 5.

49 Ebd., S. 4.

50 Jens Siebert, Wenn das Spielbein dem Standbein ein Bein stellt. Zum Verhältnis von Grüner Partei und Bewegung, Kassel 1986.

Partei«. Doch wollte man sich nicht allein auf solch integrative Formeln und identitätsstiftende Bekenntnisse verlassen. Die grüne Parteiorganisation wurde deshalb so konzipiert, dass die Beachtung basisdemokratischer Prinzipien gewährleistet schien. Aus den Protestbewegungen stammende grün-alternative Leitvokabeln, wie »Dezentralität« und »Transparenz«, »Basis« und »Betroffenheit«, schlugen sich in einem Katalog von Regularien nieder und flossen etwa in die »Sindelfinger Beschlüsse« ein, die auf dem entsprechenden Parteitag im Januar 1983 verabschiedet und mit Blick auf den als möglich erachteten Einzug in den Bundestag formuliert wurden. Die zukünftige Bundestagsfraktion wurde darin konzipiert als »Gemeinschaft, welche keine Hierarchie besitzt«⁵¹ und der grüne Abgeordnete als Gegenbild zu den Mandatsträgern der etablierten Parteien entworfen. Er war an die Weisungen der Basis gebunden und musste zwangsläufig nach zwei Jahren rotieren, das heißt, sein Mandat einem vorher bestimmten Nachrücker überlassen. Um dem gefürchteten Vorwurf finanzieller Korrumpierung zu begegnen, erhielt die grünen Parlamentarier von der ihnen zustehenden Aufwandsentschädigung nur knapp ein Drittel. Die restlichen Gelder flossen ebenso wie Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung in sogenannte Ökofonds, aus denen Projekte der Neuen sozialen Bewegungen finanziert wurden.

Im Laufe der 1980er Jahre sahen sich jedoch besonders die grünen Parlamentsfraktionen einem steten Veränderungsdruck ausgesetzt, in dessen Folge diese Prinzipien schrittweise infrage gestellt und modifiziert wurden.⁵² 1986 wurde die ursprüngliche Zwei- in eine Vierjahresrotation transformiert, ein Jahr darauf vollzog man die Abkehr vom Prinzip der Ehrenamtlichkeit der Parteiämter. Im April 1991, auf dem Parteitag in Neumünster, wurde die Rotation im Zuge einer größer angelegten Parteireform schließlich endgültig abgeschafft und die Grünen deklarierten sich als »ökologische Reformpartei«.⁵³

Dieser Formulierung eines neuen grünen Selbstverständnisses waren jedoch zahllose Auseinandersetzungen und harsche Konflikte vorausgegangen, welche die Arbeit innerhalb der Partei, in den Parlamenten und vor allem im Verhältnis der einzelnen Gruppierungen zueinander – hier die Parteigrünen, dort die Fraktionsgrünen – begleitet hatten. Der schwierige Weg von der »Anti-Parteien-« zur »ökologischen Reformpartei« spielte sich vor der Folie eines grundsätzlichen Dilemmas ab: auf der einen Seite die Notwendigkeit zu effektiver politischer Arbeit, auf der anderen der Anspruch, ein neues Politikverständnis (vor) zu leben, das sich von den Mustern der etablierten Parteien unterschied. Dieser Grundkonflikt reichte bis in die Formierungsphase zurück und wurde durch den machtpolitisch wichtigen Einzug in den Bundestag nochmals verschärft.⁵⁴ Wie in der

51 Dok. 1, 16. Januar 1983, Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen, in: *Josef Boyer/Helge Heidemeyer* (Hrsg.), *Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987*, 2 Bde., Düsseldorf 2008, Bd. 1, S. 5–7, Zitat: S. 5. Hierzu und zum Folgenden auch: *Helge Heidemeyer*, *(Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament*, in: *HZ* Bd. 291, 2010, S. 71–102, hier: S. 76f.; *Salomon*, *Grüne Theorie*, S. 142–147, sowie *Heinrich*, *Basisdemokratie*, S. 492–496.

52 Dabei kam vor allem der besonders im Blickpunkt von Medien und Öffentlichkeit stehenden Bundestagsfraktion die Rolle als Motor der Veränderung zu. Hierzu: *Heidemeyer*, *(Grüne) Bewegung*, sowie *ders.*, *Einleitung*, in: *Boyer/ders.*, *Die Grünen im Bundestag*, Bd. 1, S. XI–LI.

53 Erklärung von Neumünster, verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz, 26.–28.4.1991, S. 2, AGG, B. I. 1., Nr. vorl. 642. Zu den Modifizierungen beziehungsweise Revisionen der basisdemokratischen Prinzipien: *Heinrich*, *Basisdemokratie*, S. 496–498, sowie *Markus Klein/Jürgen W. Falter*, *Der lange Weg der Grünen*, München 2003, S. 94–96.

54 Hierzu und zum Folgenden ausführlich: *Raschke*, *Die Grünen*, S. 149–201. *Heidemeyer*, *(Grüne) Bewegung*, verweist auf die gegensätzlichen Entwicklungen von Bundestagsfraktion und Bundespartei. Während sich erstere mehrheitlich auf den Prozess der Parlamentarisierung einließ und die politische Machtoption ins Auge fasste, wurde letztere zum Gralshüter der basisdemokratischen und fundamentaloppositionellen Prinzipien. Ebd., insb. S. 82f.

Einleitung skizziert, gewann er eine neue, konkrete Dimension, als die Wähler in einigen Bundesländern, zunächst Hessen und Hamburg, die Grünen zu potenziellen Königsmachern sozialdemokratischer Regierungschefs erhoben. Damit schien die Perspektive grüner Regierungsbeteiligungen auf, gleichgültig ob als bloß tolerierende Kraft einer Minderheitsregierung oder gar als konventioneller Koalitionspartner am Kabinetttisch. Die grüne Gretchenfrage nach dem Umgang mit der politischen Macht war bereits in dem eingangs zitierten »Pflasterstrand«-Artikel gestellt worden. Wollte man, so hatten seine Verfasser formuliert, in »defensiver Fundamentalopposition [...] verharren« und damit »eine historische Chance [...] verspielen« oder »grüne Politik [...] bis in die Sozialdemokratie hinein mehrheitsfähig wirksam« machen?⁵⁵ Diese Konstellation bildete den Kern der sogenannten »Fundi-Realo«-Kontroverse, die die Organisations- und Strömungsgeschichte der Grünen in den 1980er Jahren am sichtbarsten prägte.⁵⁶ Der Perspektive der Regierungsbeteiligung, für welche die »Pflasterstrand«-Autoren im »Arbeitskreis Realpolitik« votiert hatten, hielten deren Gegner das Prinzip der »Fundamentalopposition« entgegen. Von den selbst ernannten »Realos« wurden sie deshalb erfolgreich als »Fundis« etikettiert, obwohl sie sich selbst lieber als »Radikalökologen« bezeichneten.⁵⁷ »Wir sind nicht im Parlament, um die anderen überzeugen zu wollen«, so ihre wortgewaltigste Protagonistin, Jutta Ditfurth, sondern um es als »Forum für grüne Öffentlichkeitsarbeit« zu nutzen.⁵⁸ Die Gruppe um Ditfurth, die einen institutionellen Schwerpunkt in der Grünen-Fraktion im Frankfurter Römer hatte, wurde bald unterstützt von den teilweise aus dem Kommunistischen Bund (KB) stammenden Hamburger Ökosozialisten sowie einer Reihe frei schwebender Anhänger des »Anti-Parteien-Ansatzes«, wie ihn Petra Kelly formuliert hatte oder auch Rudolf Bahro vertrat.

Die »Realos« wiederum sammelten sich zunächst um die ehemaligen Frankfurter Sontis. Zu ihnen gesellten sich im Laufe der 1980er Jahre andere Strömungen, wie die Ökoliberalen. Obwohl ihre inhaltlichen Vorstellungen von grüner Politik mitunter verschiedenen waren, drängten alle unter dem Rubrum »Realpolitik« firmierenden Gruppen schrittweise auf eine Beteiligung an der politischen Macht. Ein erster Markstein dieser Strategie war die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung 1984 in Hessen, gefolgt von einer regulären Koalition von 1985 bis 1987, in der mit Joschka Fischer als Energie- und Umweltminister erstmals ein Grüner Verantwortung in der bundesdeutschen Exekutive übernahm.⁵⁹ Nicht nur wegen des schnellen Scheiterns dieses hessischen Experiments blieb der »Fundi-Realo«-Konflikt noch bis an die Wende zu den 1990er Jahren aktuell. Die beiden Lager hatten darüber hinaus ihre Hochburgen in unterschiedlichen Sphären der Partei: Die »Fundis« in Bundesvorstand und Bundeshauptausschuss, die »Realos« vor allem in der grünen Bundestagsfraktion, die sich angesichts des Erfordernisses von parlamentarischer Effizienz besonders stark dem Druck der Professionalisie-

55 Zwischen puritanischer Skylla und opportunistischer Charybdis für eine listige Odyssee, S. 9f.

56 Zusammenfassend unter anderem *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 129–133. Ein kurzer Überblick über den Konflikt und seine Akteure auch in: *Klein/Falter*, Der lange Weg, S. 56–60.

57 Zu diesen Selbst- und Fremdbezeichnungen: *Raschke*, Die Grünen, S. 153, der auch vermutet, dass die Gruppe um Fischer für sich selbst den Begriff »Realos« wählte, um die seinerzeit noch pejorativ belegten Schlagworte »Reform« oder gar »Reformismus« zu vermeiden. Ebd., S. 151.

58 Jutta Ditfurth, zit. in: *Jörg S. Mettke*, »Auf beiden Flügeln in die Höhe«. Grüne, Bunte und Alternative zwischen Parlament und Straße, in: *ders.* (Hrsg.), Die Grünen. Regierungspartner von morgen?, Reinbek 1982, S. 7–25, hier: S. 17.

59 *Christoph Becker-Schaum*, Von der Protestbewegung zur demokratischen Alternative. Die Grünen Hessen 1979–2004, in: *Helmut Berding/Klaus Eiler* (Hrsg.), Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, Wiesbaden 2006, S. 151–187, sowie *Björn Johnsen*, Rot-grün in Hessen, in: *Raschke*, Die Grünen, S. 789–809.

rung ausgesetzt sah.⁶⁰ Darüber hinaus verdeutlicht der Konflikt, dass die widerstreitenden Machtzentren innerhalb der Grünen auch auf regionalen oder gar lokalen Bastionen mit je eigenen Traditionen und Anschauungen beruhten.

Die Situation klärte sich erst 1990/91, als sich zunächst die Ökosozialisten um die ehemaligen Hamburger KB-Leute Thomas Ebermann und Rainer Trampert von den Grünen abwandten. Eine Rolle spielte auch die herbe Wahlniederlage der Grünen bei der Wiederwahlvereinigungswahl des Jahres 1990. Mit dem Slogan »Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter« hatten sie im Wahlkampf einen bewussten, wenn auch wenig erfolgreichen Kontrapunkt zur allgegenwärtigen Deutschlanddiskussion setzen wollen. Als es nur das ostdeutsche Bündnis 90 in den Bundestag schaffte, die westdeutschen Grünen jedoch an der Fünfprozenthürde scheiterten, reagierten letztere mit der bereits angesprochenen Parteireform und der Selbstetikettierung als »ökologischer Reformpartei«. Auf demselben Neumünsteraner Parteitag, auf dem die Grünen ihren »inhaltlichen und strukturellen Neubeginn einzuleiten«⁶¹ gedachten, verkündete die Gruppe um Jutta Ditfurth ihren Rückzug. Mit den dort gefassten Beschlüssen seien die Grünen, so die Frankfurter Radikalökologin, »eine autoritäre, dogmatische, hierarchische Partei« geworden und für »wirkliche gesellschaftliche Veränderungen verloren«. »Es ist vorbei«, beendete Ditfurth ihren Beitrag: »Die Grünen sind nicht mehr unsere Partei.«⁶²

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen – der schrittweisen Durchsetzung des realpolitischen Prinzips in der Parteiorganisation, der Parlamentsfraktion sowie im Strömungsbild der Grünen – kam deshalb dem Feld der Symbolpolitik besondere Bedeutung zu. Ungeachtet des Konflikts zwischen »Fundis« und »Realos« waren symbolpolitische Aktionen vor allem in der Formierungs- und Anfangsphase feste Bestandteile grüner Parteiarbeit. Sie hatte vor allem zwei Adressaten. Zum einen waren die Grünen, ebenso wie die 68er-Bewegung, Profis der Mediengesellschaft, die Politik zu inszenieren wussten. Es ging darum, einen eigenen politischen Stil zu prägen, der die Neuartigkeit grüner Politikentwürfe gegenüber den hergebrachten Formen und Prinzipien auch habituell unterstrich.⁶³ Zum anderen sollte der grünen Basis vermittelt werden, dass die grünen Parteifunktionäre und Abgeordneten weiterhin Teil der Protestbewegungen waren. Die Einheit von Partei und Bewegung galt es deshalb ostentativ zur Schau zu stellen. Diese Betonung grüner Andersartigkeit begann bereits in den Wahlkämpfen, die man häufig mit den bewährten Aktionsformen und Symbolen aus dem Repertoire der Protestbewegungen bestritt. Grün-alternative Markenzeichen wie Spontaneität und Authentizität, mitunter auch eine sorgfältig inszenierte Unprofessionalität, wurden dem Hochglanzwahlkampf der etablierten Parteien bewusst entgegengesetzt. Zur grünen Symbolpolitik sind darüber hinaus die eher unorthodoxen Verhaltensweisen zu zählen, welche die ersten grünen Schritte in den Parlamenten begleiteten und von Medien und etablierten Volksvertretern teils mit kurioser Neugier, teils mit entrüsteter Abneigung betrachtet wurden. Dazu gehörte eine eigene grüne »Kleiderordnung« ebenso wie das viel zitierte Stricken während der Parlamentsdebatten.⁶⁴

60 *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 130f., sowie *Heidemeyer*, (Grüne) Bewegung, S. 82f.

61 Erklärung von Neumünster, S. 1. Vgl. *Raschke*, Die Grünen, S. 194–196.

62 *Jutta Ditfurth*, Rede auf der Bundesversammlung der Grünen in Neumünster am 28.4.1991, AGG, B. I. 1, Nr. vorl. 642.

63 Zu den Grundzügen grüner Symbolpolitik mit einem Schwerpunkt auf ihren visuellen Repräsentationen vgl. auch *Kathrin Fahlenbrach*, Die Grünen. Neue Farbenlehre der Politik, in: *Gerhard Paul* (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 474–481.

64 Vgl. zum Beispiel *Joachim Behnke*, Die neuen Maschen von Bonn. Im Deutschen Bundestag ist wegen der eigenwilligen Kleiderordnung der Grünen ein Machtkampf entbrannt: Die einen sind strikt dagegen. Die anderen dagegen stricken, in: *Bunte*, 17.3.1983, sowie *Paula Almqvist*, Parteien: »Putz und Porno alle Tage«. Stern-Reporterin Paula Almqvist beobachtete Lust und Frust der Grünen nach den ersten 100 Tagen im Bundestag, in: *Stern*, 7.7.1983. Zur Symbolpolitik der ersten grünen Bundestagsfraktion vgl. auch *Heidemeyer*, Einleitung, S. XXIX.

Noch deutlicher scheinen die symbolpolitischen Strategien der frühen Grünen jedoch in quasi-rituellen Inszenierungen auf, wofür sich die mit großer medialer Aufmerksamkeit verfolgten grünen Einzüge in die Parlamente besonders eigneten. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich der Einzug der ersten Grünen-Fraktion in den Bundestag 1983. Die grünen Abgeordneten trugen Blumentöpfe und Nadelzweige in den Händen und wurden bis zu den Parlamentstoren begleitet von etwa hundert Vertretern ihrer »Basis«, Mitglieder deutscher, aber auch ausländischer Bürgerinitiativen. Inmitten des Zugs rollte ein großer Luftballon, der den bedrohten »blauen Planeten« symbolisieren sollte. Mit von der Partie war ebenfalls eine vom sauren Regen gezeichnete Fichte.⁶⁵ Während ihrer ersten Legislaturperiode im Bundestag unternahm die Fraktion dann zahlreiche weitere Versuche, alternative Politikvorstellungen nach außen zu tragen und grüne Programmatik symbolpolitisch zu untermauern. Dazu gehörte es, von Zeit zu Zeit außerhalb des Bundeshauses zu tagen. Anfang September 1984 fand beispielsweise eine Klausurtagung in Freudensstadt im Schwarzwald statt, wo auf das Waldsterben aufmerksam gemacht werden sollte.⁶⁶ Im Juni 1985 tagte die Fraktion dann im bayerischen Schwandorf, um sich über die geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu informieren und ihre Unterstützung für die dortige Protestbewegung zu bekunden.⁶⁷

Von der Grundstimmung her schwankten die Aktionen der Grünen zwischen zwei Polen: Einerseits knüpften sie an die antiautoritäre 68er-Tradition von APO und Spontium an, indem sie ihre Vorhaben in einem ironisch-unernsten Stil und teilweise geradezu mit einem Augenzwinkern vorbrachten. Andererseits spiegelten sie jene apokalyptische Stimmung wider, welche die Auseinandersetzung um die Überlebens Themen »Umwelt« und »Frieden« schon in den 1970er Jahren vorwiegend begleitet hatte und welche die Grünen, damals wie auch in den 1980er Jahren, mit geradezu heiligem Ernst aufgriffen.⁶⁸ Die Vielfalt grüner Aktionen und die immer wieder auftretenden Debatten über die richtige Art der Symbolpolitik unterstreichen bloß abermals die Bandbreite der grünen Ursprünge. Ungeachtet der Tonart spielten die Anhänger aller Strömungen und Flügel auf der symbolpolitischen Klaviatur. Als etwa die Grün-Alternative Liste nach den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft im Jahr 1982 Tolerierungsgespräche mit der SPD aufnahm, verärgerte der grün-alternative Gesprächsführer Thomas Ebermann die Sozialdemokraten, indem er parallel zu den Verhandlungen an Hausbesetzungen teilnahm.⁶⁹ Und beim ersten großen Erfolg des »Realo«-Flügels, der rot-grünen Koalition in Hessen, ließ sich Joschka Fischer bekanntermaßen in Jeans, Tweed-Sakko und weißen Turnschuhen vereidigen.⁷⁰

Vor allem mit Blick auf Fischers Turnschuhvereidigung im Dezember 1985 und die sich an der Wende zu den 1990er Jahren schließlich durchsetzende »Realo«-Perspektive

65 Vgl. Dok. 9, 22. März 1983, Fraktionssitzung, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 1, S. 43–49, sowie *Dirk Cornelsen/Horst Schreitter-Schwarzenfeld*, Ohne Fichte ins Hohe Haus. Einzug der Grünen in den Bundestag. »Wildwuchs« und »gespreizte Würde«, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.3.1983.

66 Dok. 95, 4. September 1984, Klausursitzung der Fraktion, erster Tag, sowie Dok. 96, 5. und 6. September 1984, Klausursitzung der Fraktion, zweiter und dritter Tag, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 2, S. 561–589 und 589–595.

67 Dok. 141, 9. – 11. Juni 1985, Klausursitzung der Fraktion, in: ebd., S. 776–782.

68 Zum apokalyptischen Grundton: *Annekatriin Gebauer*, Apokalyptik und Eschatologie. Zum Politikverständnis der GRÜNEN in ihrer Gründungsphase, in: *AfS* 43, 2003, S. 405–420.

69 SPD/Grüne: Lange Zähne, in: *Der SPIEGEL*, 16.8.1982, S. 30–31.

70 Zur sogenannten Turnschuhvereidigung: *Eva-Maria Lessinger/Christina Holtz-Bacha*, Turnschuh-Minister. Die Physiognomie der Macht, in: *Paul*, Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2, S. 506–515. Hierzu und zum Folgenden auch: *Silke Mende*, Die Vereidigung Joschka Fischers zum hessischen Minister für Umwelt und Energie am 12. Dezember 1985, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, URL: <http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0074_tur&object=abstract&st=&l=de> [10.7.2012].

wird deutlich, dass Symbol- und Realpolitik keinesfalls zwei entgegengesetzte Pole bildeten, sondern oftmals zwei Seiten ein und derselben Medaille waren. Als eine Art *rite de passage* dienten symbolpolitische Aktionen und Inszenierungen dazu, die grüne Beteiligung an der Macht für die »Basis« als neues Stadium der Parteigeschichte vermittelbar zu machen. Sie sollten allerdings nicht nur den eigenen Anhängern diese realpolitische Wandlung erleichtern, sondern auch gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit ein Alleinstellungsmerkmal grüner Politik erhalten: die grüne Neu- und Andersartigkeit in inhaltlichen wie formalen Fragen.

Dennoch war das symbolpolitische Terrain keineswegs frei von Spannungen zwischen der Partei und den Protestbewegungen. Bereits im Vorfeld der für den 1. bis 3. September 1983 geplanten Blockade des US-Raketenstützpunkts Mutlangen erreichte die Bundestagsfraktion ein Schreiben des Friedensaktivisten Klaus Vack. Im Namen der die Aktivitäten koordinierenden »Gruppe Friedens-Manifest« machte er seiner Verärgerung darüber Luft, dass die grünen Abgeordneten per Pressemitteilung und ohne vorherige Absprache mit den Organisatoren ihre geschlossene Teilnahme an der Aktion verlautbart hatten, obwohl nur fünf Abgeordnete es »für notwendig gefunden haben, sich anzumelden«: »Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß hier auf dem Rücken einer von der Basis her organisierten Aktion Parteipolitik gemacht wird.«⁷¹ Mit ähnlichen Reaktionen war die grüne Bundesversammlung im Dezember 1985 konfrontiert, als sie, eigentlich im badischen Offenburg tagend, ins oberpfälzische Wackersdorf aufbrach, um dort die Proteste gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage zu unterstützen. Sie musste sich nicht nur den Vorwurf des Aktionismus gefallen, sondern sich von der Vertreterin einer Bürgerinitiative auch noch des »Ökotourismus« zeihen lassen.⁷² Vielleicht waren es auch solche Erfahrungen, die dazu beitrugen, dass symbolpolitische Aktionen gegen Ende der 1980er Jahre weniger zu werden schienen. Möglicherweise bedurften Parteivertreter und Basis ihrer aber auch nicht mehr in der vormaligen Intensität, um das wechselseitige Verhältnis zu strukturieren. Analog zu den zur Wende der 1990er Jahre beendeten Flügelkämpfen auf Funktionärebene steht zu vermuten, dass sich die Anhänger der Grünen mittlerweile entweder mit dem neuen realpolitischen Kurs angefreundet oder aber sich enttäuscht von ihnen abgewandt hatten, als die »Alternative zu den herkömmlichen Parteien« den etablierten Kräften in Bonn immer ähnlicher zu werden begann.

Stand in den beiden bisherigen Abschnitten die Organisations- und Strömungsgeschichte der Grünen im Mittelpunkt, so rückt nun die programmatische Perspektive ins Zentrum. Anhand dreier Ausschnitte soll das sich wandelnde grüne Selbstverständnis auf inhaltlicher Ebene exemplarisch nachvollzogen werden. Zunächst werden die für die Formierungsphase der Grünen wichtigen Positionierungen zu den Kategorien »Wachstum« und »Fortschritt« beleuchtet. In einem zweiten und dritten Schritt geht es sodann um die »Eroberung« neuer Themen. Dazu gehört zum einen der Bereich der Ausländer- und Migrationspolitik, zum anderen das von den Grünen zunächst vernachlässigte Feld der Sozialpolitik.

71 Dok. 36, 26. Juli 1983, Nichtordentliche Fraktionssitzung, Anlage A: Schreiben von Klaus Vack (Gruppe Friedens-Manifest) an die Grünen im Bundestag, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 1, S. 215–216. Zu Mutlangen vgl. *Fabio Crivellari*, Blockade. Friedensbewegung zwischen Melancholie und Ironie, in: *Paul*, Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2, S. 482–489.

72 Vgl. *Klaus Hartung*, Apokalypse und Demokratie. Konstruktionsmerkmale der grünen Innenpolitik, in: *Otto Kallscheuer* (Hrsg.), Die Grünen – letzte Wahl? Vorgaben in Sachen Zukunftsbewältigung, Berlin 1986, S. 164–187, hier: S. 177.

IV. ABSCHIED VON WACHSTUM UND FORTSCHRITT? GRÜNE FORTSCHRITTS- VERSTÄNDNISSE IM WANDEL

Seit den späten 1960er Jahren drängte das Thema »Umwelt« mit Macht auf die öffentliche Agenda der Bundesrepublik.⁷³ Wenig später, im Zusammenwirken des Berichts an den »Club of Rome« und der ersten Ölkrise, wurde die Ökologiediskussion gleichzeitig zu einer Wachstumsdiskussion. Vom Konsensthema, dessen Dringlichkeit kaum jemand widersprach, wandelte sich die Umweltproblematik damit zum Konfliktthema. Ökologie und Ökonomie wurden zunehmend als die beiden Pole eines neuen Gegensatzes betrachtet. Auf die prognostizierten »Grenzen des Wachstums« und die damit zusammenhängenden Bedrohungsszenarien reagierte das politische Feld in der Bundesrepublik auf unterschiedliche Weise.⁷⁴ Vergleichsweise gut fügte sich die Kopplung der Umweltproblematik an die Wachstumsfrage in das Selbst- und Weltbild konservativer Politik ein.⁷⁵ Das galt insbesondere für die konservativen Netzwerke der Gründungsgrünen. Von den Unionsparteien wendeten sie sich, wie gesehen, ja gerade wegen einer auch in christdemokratischen Reihen zu beobachtenden Öffnung gegenüber Modernisierung und Liberalisierung ab. Aus ihrer Perspektive schien die drängender werdende Umweltproblematik nämlich nur zu deutlich zu illustrieren, wohin eine bloß auf steigenden Konsum und unbegrenzte individuelle Freiheiten setzende Politik letzten Endes führen würde. Gruhl und seine Anhänger machten für die drohende Ökokatastrophe deshalb vor allem die industriegesellschaftliche Wachstumsideologie verantwortlich und predigten eine Ethik des Verzichts, was empfindliche Einschränkungen bei materiellem Wohlstand und sozialer Wohlfahrt mit sich bringen würde.⁷⁶

Für die Linke stellten die Ökologie- und Wachstumsdiskussionen dagegen eine ungleich größere Herausforderung dar, bildete die Vorstellung eines stetig steigenden Wirtschaftswachstums doch die Grundbedingung für eine an keynesianischen Modellen orientierte Politik der staatlichen Steuerung, wie sie die Boom-Jahre gekennzeichnet hatte und in welcher der Ausbau des Sozialstaats ein wichtiges Anliegen war.⁷⁷ Dasselbe galt für den noch weithin ungebrochenen Fortschrittsglauben der 68er, von dem sich viele ihrer Protagonisten auch danach nur schwer zu trennen vermochten. Als »die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wusste«, bezeichneten etwa Daniel Cohn-Bendit und Reinhard Mohr den Aufbruch der 68er zu deren 20. Jahrestag.⁷⁸ Bei vielen Anhängern der Linken waren es deshalb vor allem die wirtschaftlichen Krisensymptome der 1970er Jahre, die

73 Vgl. zum Beispiel *Engels*, Naturpolitik in der Bundesrepublik, sowie *Joachim Radkau*, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, insb. S. 134–164.

74 Vgl. *Patrick Kupper*, Die »1970er Diagnose«. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: *AfS* 43, 2003, S. 325–348, sowie *Hünemörder*, Frühgeschichte. Zum Bericht an den »Club of Rome« und dessen Rezeption, vgl. ebd., S. 222–227, sowie *Friedemann Hahn*, Von Unsinn bis Untergang: Rezeption des Club of Rome und der Grenzen des Wachstums in der Bundesrepublik der frühen 1970er Jahre, Diss., Freiburg im Breisgau 2006, URL: <http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/2722/pdf/hahn_friedemann_2006_von_unsinn_bis_untergang.pdf> [10.7.2012].

75 Vgl. *Graf*, Die Grenzen des Wachstums.

76 Vgl. vor allem *Herbert Gruhl*, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt am Main 1975, S. 302. Hierzu auch: *Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«, S. 298–310.

77 Vgl. *Tim Schanetzky*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966–1982, Berlin 2007, sowie *Winfried Stieß*, Der keynesianische Traum und sein langes Ende. Sozioökonomischer Wandel und Sozialpolitik in den 1970er Jahren, in: *Jaraus*, Das Ende der Zuversicht?, S. 120–137.

78 *Reinhard Mohr/Daniel Cohn-Bendit*, 1968. Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wußte, Berlin 1988.

zunächst merklich größere Verunsicherung hervorriefen als das Ökologiethema. Insbesondere die vielen undogmatischen und mehr noch die dogmatischen linken Gruppen im Gefolge von »1968« stiegen vergleichsweise spät in die Umweltdebatte ein. Die Verknüpfung von Umwelt und Wachstum diskutierten sie stattdessen zunächst in den konventionellen Bahnen marxistischer Kapitalismuskritik.⁷⁹ Im Laufe der 1970er Jahre setzte in Teilen der Linken jedoch ein umwelt- und wachstumspolitisches Umdenken ein. Vielerorts zeigte die Auseinandersetzung mit der Ökologiebewegung und ihren Themen Einsichten in die Grenzen des sozialistischen Paradigmas gegenüber Fragen der Lebensqualität. Die gravierendste Schwierigkeit, mit der die Linke durch die Umweltthematik konfrontiert wurde, war folgende: Wie sollte künftig mit dem Prinzip wirtschaftlichen Wachstums umgegangen werden, das nicht nur eine Grundmaxime der künftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung sein würde, sondern auch in den gegenwärtigen westlichen Marktwirtschaften den Garanten für die Wohlfahrt der »Arbeiterklasse« bildete? Am deutlichsten betonte der prominente Grüne Rudolf Bahro, der im Kontext der Ökologie-debatte eine »Entwicklungsetappe des Kapitalismus zu Ende« gehen sah, dass zumindest ein partieller Abschied vom Sozialismus und seinen Grundlagen zu nehmen sei. Seit Beginn der 1970er Jahre zeige sich, so der ehemalige DDR-Dissident, dass die »Aufteilung der Welt« auf einer bisher ungeahnten Stufe abgeschlossen sei und die Begrenztheit natürlicher Ressourcen einer weiteren Ausdehnung im Wege stehe. Die ökologische Herausforderung zwingt Sozialisten und Kommunisten deshalb zu radikalem Umdenken. Der Problematik von Umwelt und Wachstum müsse eine Erweiterung, wenn nicht gar eine Neudefinition sozialistischer Theorie gerecht werden.⁸⁰ Am Beispiel der Wachstumsdiskussionen wird exemplarisch deutlich, wie sich die Denkweise derjenigen Gruppen innerhalb der westdeutschen Linken veränderte, welche sich gegenüber der ökologischen Perspektive öffneten und sie zum Angelpunkt ihrer Analyse machten. Ursprünglich im Zentrum linker Perspektiven stehende Parameter wie Gleichheit und Mehrung gesellschaftlicher Wohlfahrt wurden im Lichte der ökologischen Bedrohungsszenarien um konservative Elemente der Bewahrung und des Maßhaltens ergänzt, aber keinesfalls ersetzt.⁸¹ Diese Transformation und Ausweitung linker Politik bildete den Ausgangspunkt dafür, dass sich die Grünen in den 1980er Jahren, nach dem Auszug der selbst ernannten »wahren Konservativen« um Herbert Gruhl, als linksökologische politische Kraft etablieren konnten.

Mit dem Wachstum geriet jedoch noch eine weitere, damit eng verknüpfte Kategorie der Moderne in die Diskussion: die Idee des Fortschritts. Dass diese in den 1970er Jahren zum Gegenstand intensiver Debatten wurde, war keineswegs ausschließlich, aber doch wesentlich der neuen Bedrohungssituation geschuldet. Ob schleichende Umweltzerstörung, große ökologische Katastrophen, atomare Gefahr durch zivile oder militärische Nukleartechnik: All dem wohnte die Perspektive der umfassenden Vernichtung von Menschheit und Planet inne, die Zukunft schlechterdings unmöglich machen würde und damit dem Fortschritt seine elementare Grundlage entzog. Weit über die Reihen der grünen Bewegung hinaus nahm der Topos vom »Ende des Fortschritts«, wahlweise die Rede von seiner notwendigen Re- oder aber Neudefinition, einen festen Platz in den politischen und

79 Beispielhaft einige der Beiträge in: *Manfred Glagow* (Hrsg.), *Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem*, München 1972. Zu linken Reaktionen speziell auf die »Grenzen des Wachstums« vgl. auch *Hahn*, *Von Unsinn bis Untergang*, S. 119–134. Dort auch weiterführende Literaturhinweise zur zeitgenössischen linken Kritik der Umweltdiskussion.

80 *Rudolf Bahro*, *Die Linke unter der Fahne des ökologischen Humanismus sammeln. »Der Block an der Macht, der neue historische Block und das Organisationsproblem der Linken in unserem Land«: Überlegungen von Rudolf Bahro vor der »Sozialistischen Konferenz« [Teil I]*, in: *Frankfurter Rundschau*, 8.4.1980, S. 10.

81 Vgl. *Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«, S. 304–310.

gesellschaftlichen Debatten der Zeit ein.⁸² Auch und vor allem in den Reihen der Gründungsgrünen war die Ahnung präsent, dass die neu aufscheinenden Problemlagen der Gegenwart mit einem Bruch im hergebrachten Fortschrittsdenken einhergehen würden: »die 70-er Jahre unseres Jahrhunderts«, so Petra Kelly, »sind gekennzeichnet durch eine historische Zäsur, deren Tragweite uns erst langsam bewusst wird. Der jahrhundertealte, selbstverständliche Fortschrittsglaube hat sich ad absurdum geführt.«⁸³ In den grünen Debatten über Fortschritt bildeten sich ganz ähnliche Positionen und Frontstellungen ab wie in den Wachstumsdiskussionen. Ebenso wie beim Wachstum taten sich die konservativen Gruppen innerhalb der Gründungsgrünen sehr viel leichter mit der Erosion von Fortschrittsglauben und Zukunftszuversicht als die Linke. Aus ihrer Sicht verdeutlichte die ökologische Bedrohung, dass die übergeordnete Rolle des Menschen hinterfragt und sein Verhältnis zur Umwelt neu geordnet werden müsse. Im Lichte der neuen Herausforderungen habe der Mensch seine in den letzten Jahrhunderten allzu autonom ausgelegte Rolle zu überdenken und aufzugeben.⁸⁴ Viele konservative Gründungsgrüne sahen sich durch die neu aufziehenden Problemlagen in ihren kulturpessimistischen Positionen bestätigt und nahmen die zeitgenössischen Diskussionen zum Anlass, das liberale Fortschrittsdenken der Aufklärung nunmehr aus einer ökologischen Perspektive zu hinterfragen.

Diejenigen Linken wiederum, welche die Infragestellung des liberalen Fortschrittsbegriffs durch die Ökologieproblematik zu Ende dachten, fanden sich in einem schwer zu lösenden Dilemma wieder. »Mit der resoluten Kritik an Wachstum und Fortschritt«, so der Schweizer Umwelthistoriker Patrick Kupper, »wurden nämlich gerade die beiden Paradigmen hinterfragt, die den zwei großen konkurrierenden Denkströmungen der Moderne, dem Liberalismus und dem Marxismus, gemeinsam waren.«⁸⁵ Die Hintergrundfolie für die sozialistische Auseinandersetzung mit Fortschritt bildeten vor allem die Erfahrungen der »langen 1960er Jahre«, in denen sich schrittweise der Glaube festgesetzt hatte, »Fortschritt nicht nur kontrollieren, sondern ihn selbst machen zu können, ihm nicht machtlos gegenüberzustehen, sondern seine Richtung und sein Ziel zu bestimmen«, wie es Gabriele Metzler formuliert hat.⁸⁶ Seinerzeit war zudem eine argumentative Verkopplung zwischen Fortschritt, Technik und Wohlstand zu beobachten gewesen, die in der Bundesrepublik eine noch stärker identitätsstiftende Funktion besaß als in den klassischen westlichen Nationalstaaten.⁸⁷ Möglicherweise war es gerade diese Verkopplung, die im Laufe der 1970er Jahre für genau gegenläufige Tendenzen in puncto Fortschrittsoptimismus verantwortlich war: In Zeiten der wirtschaftlichen Krise, in denen zudem die Risiken wissenschaftlicher Technik- und Naturbeherrschung allenthalben sichtbar wurden, erschöpfte sich ein bloß auf Technik und Wohlstand rekurrerendes Fortschrittsverständnis. Mögliche Lösungen für dieses Dilemma, die in den Reihen der undogmatischen Linken diskutiert wurden, konstatierten eine Blickverengung auf die technische und materielle Seite des Fortschritts. Zur Zielscheibe grün-alternativer Kritik, so der Atomgegner Klaus Traube auf einem Kongress des Sozialistischen Büros in Hamburg, müsse der »Grundkonsens« der westlichen wie der östlichen Industriegesellschaften werden. Dieser beruhe auf »einem Fortschrittsbegriff, auf einer Utopie, die liberalistisch ist«. Ein solches Ver-

82 Vgl. zum Beispiel *Wolfgang Krohn*, Der Zwang zum Fortschritt, in: Kursbuch 1983, Nr. 73, S. 117–129, sowie *Heinz Theisen*, Zukunftängste und pluralistische Demokratie, in: APuZ 1984, Nr. 35–36, S. 19–27. Vgl. hierzu und zum Folgenden: *Mende*, »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«, S. 389–405.

83 *Petra Karin Kelly*, Vortrag auf dem European Management Forum, Davos, 1.2.1983, S. 2, AGG, Petra-Kelly-Archiv, Nr. 587 (1).

84 Vgl. etwa *Gruhl*, Ein Planet wird geplündert, S. 225f.

85 *Kupper*, Die »1970er Diagnose«, S. 348.

86 *Metzler*, Konzeptionen politischen Handelns, S. 80.

87 Ebd.

ständnis vom Fortschritt, das einzig und allein den Wohlstand in den Vordergrund stelle, habe sich fatalerweise auch in die traditionelle Linke »eingeschlichen«. Ihre vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen notwendige Aufkündigung dieses Konsenses berge deshalb die Chance, eine Re-Definition von Fortschritt zu wagen: »zurück zu dem emanzipatorischen Fortschrittsbegriff der Aufklärung« lautete Traubes Empfehlung.⁸⁸ Dem stimmte der linkskatholische Schriftsteller, Gründungsgrüne und bekennende Konservative Carl Amery zu, wenn er notierte: »Fortschritt« war und ist zunächst immer Fortschreiten der Erkenntnis.⁸⁹

Diese vor allem durch linke Gruppen und Protagonisten vorgenommene Aufspaltung des Fortschrittsbegriffs in eine technisch-materielle und eine humanistische Dimension war für die Grünen in ihrer Gründungsphase konstitutiv. Gleichzeitig unterstreicht sie, dass abgesehen von den konservativen Gruppierungen eine Mehrheit der Gründungsgrünen die Kategorie des Fortschritts nicht in toto negierte. Sie wandten sich stattdessen gegen ein auf bloß technische und materielle Aspekte verengtes Fortschrittsverständnis, wie es vor allem für die Bundesrepublik der ›langen 1960er Jahre‹ charakteristisch gewesen war. In dieser Ablehnung konnten sich die aus unterschiedlichen ideologischen Traditionen stammenden Gruppierungen ein weiteres Mal treffen. Die Mehrheit von ihnen plädierte für die Rückbesinnung auf ein Verständnis von Fortschritt, welches das aufklärerisch-emanzipatorische Potenzial des Begriffs betonte und als positiven Bezugspunkt für die Grünen zu etablieren suchte. Das relativiert den zeitgenössisch oft gehörten Pauschalvorwurf gegenüber den Grünen als »Fortschrittsfeinden« und verdeutlicht abermals, wie weit der grüne Gründungskonsens trug, an welchen Punkten aber auch seine bereits angesprochenen Sollbruchstellen zutage traten.

Blickt man auf die Positionsbestimmungen der Grünen in den 1980er Jahren, lässt sich behaupten, dass dieses ambivalente Fortschrittsverständnis auch weiterhin gültig blieb: emphatische Bejahung seines emanzipatorischen Gehalts bei einer gleichzeitig tief sitzenden Skepsis gegenüber einer technisch-materiellen Engführung des Begriffs. Vor allem anderen wurde deshalb weiterhin zunächst jede Form von Großtechnologie abgelehnt. Das betraf etwa die zivile Nutzung von Kernenergie im Allgemeinen, aber auch konkrete Großprojekte wie die geplante Startbahn West am Frankfurter Flughafen oder auch den Rhein-Main-Donau-Kanal. Diese Ablehnung stand in der Tradition der großen Proteste und Auseinandersetzungen seit Mitte der 1970er Jahre, an deren Erfahrungen und Schlagworte auch noch die Grünen der 1980er Jahre regelmäßig anknüpften. Abstrakte Zielscheibe blieb weiterhin die »entfremdete Fabrik- und Bürogesellschaft, die sich an zerstörerischem industriellen Wachstum ausrichtet.«⁹⁰ Über alle Politikfelder hinweg wurde somit das Denken und Handeln in Makrokategorien angeprangert, das mit den »Altparteien« und ihrer Politik der Planung und Steuerung assoziiert wurde: »Allen etablierten Konzepten ist die Orientierung am Staat und an nur quantitativen Größen gemeinsam.

88 Klaus Traube, zit. in: Plenum, 1.10.[19]78 (»NDR III sendete am 11.10.78 21.00 in der Reihe ›Menschen und Meinungen‹ 20 Minuten Ausschnitte aus der Plenumsdiskussion vom Sonntag«), abgedr. in: AG Alter Öko, Kleiner Nachschlag zum Großen Ratschlag, Dezember 1978, S. 8–15, hier: S. 10, APO-Archiv, Berlin, SB Berlin/Nord 1. Vgl. auch *Johano Strasser/Klaus Traube*, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981, S. 44–55.

89 *Carl Amery*, Neue Dimension der Verantwortung. Zur Frage der Wachstumsgrenzen [1975], S. 2, Monacensia Literaturarchiv, München, NL Carl Amery, CA M 109, Ms. 109. Vgl. auch: *Andrei S. Markovits/Philip S. Gorski*, Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997, S. 232f.

90 Die Grünen (Hrsg.), Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben. Verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung am 15./16. Januar 1983 in Stuttgart-Sindelfingen, Bonn [1983], S. 6. Fortan zitiert als: Sofortprogramm 1983.

Nicht die betroffenen Menschen werden gesehen, sondern Geldgrößen stehen im Vordergrund.«⁹¹

Über diese etablierten Themen und Topoi hinaus gerieten in den 1980er Jahren aber auch zunehmend technische Neuerungen in den Blick, die vom maschinenlesbaren Personalausweis über neuartige Informations- und Kommunikationstechnologien bis hin zum Bereich der Neuen Medien und schließlich der Gentechnik reichten.⁹² Letztere wurde vonseiten der Grünen von Beginn an sehr kritisch beäugt und seit deren Einzug in den Bundestag immer wieder zum Thema gemacht, etwa mithilfe öffentlicher Hearings oder einer Großen Anfrage.⁹³ Gentechnik verglichen sie mit der Entwicklung der Kernkraft: Die »unbeabsichtigten Begleiterscheinungen« würden »immer sehr viel schneller wachsen [...] als die herbeigesehnten Erfolge und Innovationsschübe für die Wirtschaft«.⁹⁴

Die Einlassungen der Grünen zur Gentechnik wie zu anderen technologischen Neuerungen durchzogen einige durchgängige Prinzipien und Positionierungen, die an die Denkgewohnheiten der 1970er Jahre anknüpften, die es aber im Laufe der Zeit neu zu justieren galt. Das waren allen voran die aus dem Alternativmilieu stammenden Forderungen nach Dezentralität, Transparenz und Überschaubarkeit sowie der ebenfalls maßgeblich von den Protestbewegungen ausgefochtene Kampf gegen Entfremdungsprozesse jeglicher Art. Mit dem Aufkommen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien wurden diese traditionell grün-alternativen Forderungen mit der neuen, sich erst in den 1980er Jahren herausbildenden Kategorie der »informationellen Selbstbestimmung« verbunden.⁹⁵ Die seit dem Bonner Regierungswechsel vorangetriebene Breitbandverkabelung und die bereits zuvor konzipierten Pläne zur Einrichtung privater Fernsehsender begriffen die Grünen als Gefahr für Demokratie und Grundrechte⁹⁶, geeignet, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten systematisch zurückzudrängen und stattdessen Medien- und Meinungsmonopole auszubilden.⁹⁷ Ganz in Traditionen der Amerikakritik, die nicht nur weite Teile der Protestbewegungen, sondern auch die frühen Grünen charakterisiert hatten, wurde »eine ›Amerikanisierung‹ der Rundfunkkultur« befürchtet, »die durch die Dominanz flacher Unterhaltungssendungen und Werbung gekennzeichnet ist.«⁹⁸ Und auch von weiteren technischen Neuerungen auf der Basis »computerisierter vernetzter Großsysteme«, so fürchteten die Grünen, würde »eine Welle der Automatisierung und Computerisierung vieler Lebensbereiche einschließlich der sozialen Kontrolle aller Bürger« ausgehen.⁹⁹ Bei dem 1983 gestarteten Bildschirmdienst BTX, einem Internet-Vorläufer zum digitalen Austausch von Daten, würden »zwangsläufig sehr viele Daten über den Benutzer« anfal-

91 Ebd., S. 5 (Hervorhebung im Original: Fettdruck).

92 Vgl. etwa Die Grünen (Hrsg.), Farbe bekennen. Bundestagswahlprogramm 1987, Bonn 1986, S. 13, 17f. und 41f. Fortan zitiert als: Bundestagswahlprogramm 1987.

93 Große Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Hickel und der Fraktion DIE GRÜNEN: Gentechnik, in: Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1153, 21.3.1984, sowie Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Hickel und der Fraktion DIE GRÜNEN: Gentechnik, Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/2740, 16.1.1985.

94 Pressemitteilung Nr. 142/84 vom 16. März 1984, Zitat: S. 2, AGG, B. II. 1., Nr. 102. Dort auch der Hinweis auf einige Aktionen der Grünen zum Thema »Gentechnik«.

95 Als Hintergrund hierzu und zum Folgenden: *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 434–452. Zur Kategorie der »informationellen Selbstbestimmung«: ebd., S. 396.

96 Sofortprogramm 1983, S. 32.

97 Die Grünen (Hrsg.), Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung. Als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26. – 28. September 1986), Bonn 1986, S. 74. Fortan zitiert als: Umbauprogramm 1986. Vgl. auch den Beitrag von Frank Bösch in diesem Band.

98 Umbauprogramm 1986, S. 74 (Hervorhebung im Original: Fettdruck).

99 Ebd.

len. Deren Schutz vor Missbrauch sei bei Weitem nicht gewährleistet, der »vollständigen Überwachung« sowie der Vermarktung solcher Informationen als Ware mithin Tür und Tor geöffnet.¹⁰⁰

Auffällig ist, dass sich der grüne Einsatz für informationelle Selbstbestimmung und gegen »die totale Verdatung der Menschen« weiterhin vor allem gegen den Staat richtete, der nach Ansicht der Grünen statt einem »gläsernen Menschen« Vorschub zu leisten endlich der Forderung nach einer »gläsernen Verwaltung« nachzukommen habe.¹⁰¹ In Äußerungen wie diesen wird deutlich, wie stabil die antistaatlichen und antibürokratischen Reflexe der Grünen auch noch in den 1980er Jahren waren. Sie rührten aus den Kämpfen der Protestbewegungen gegen den Staat als »unkontrollierbare Megamaschine«, der seinen umfassenden Kontrollanspruch gegenüber den Bürgern vor allem in den Auseinandersetzungen um Atomkraftwerke und im Rahmen der Terrorismusbekämpfung an den Tag gelegt hatte. Dass nur zwei Jahrzehnte später der schutzbedürftige Bürger selbst seine Daten gegenüber internationalen Großunternehmen im Bereich von IT und Neuen Medien ganz freiwillig preisgeben würde, konnten nicht nur die Grünen damals noch nicht absehen. Ihre Beschäftigung mit dem Thema war ganz in zeitgenössischen Debatten verfangen, wie der um die Volkszählung oder, wenn auch weniger prominent, um die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises.¹⁰²

Hinsichtlich neuer Technologien, die in den 1980er Jahren auf dem Vormarsch waren, legte die Partei also eine skeptische Haltung an den Tag und pflegte weiterhin ihren bereits in den 1970er Jahren zu beobachtenden Argwohn gegenüber dem technischen Fortschritt: »wissenschaftlich-technischer Fortschritt«, so formulierten die Grünen im Bundestag in einer Großen Anfrage, bedeute »nicht automatisch auch sozialen Fortschritt, mehr Demokratie und mehr Wohlfahrt«.¹⁰³ Diese kritische Haltung betraf auch und gerade den Mikrochip, der in gewisser Weise zum Symbol für den Aufbruch des digitalen Zeitalters avancierte.¹⁰⁴ Für viele Grüne wurde er dagegen zu einer Chiffre für die von neuen Technologien ausgehenden Bedrohungen. Im Sindelfinger Sofortprogramm »Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau« wurde die Abbildung eines Mikrochips dementsprechend mit einem Kommentar versehen, der an lang gehegte und aus unterschiedlichen politischen Richtungen vorgetragene Traditionen der Kulturkritik in Deutschland erinnerte: »Die Macht kriecht in die Maschine«.¹⁰⁵

Für die 1970er Jahre lässt sich behaupten, dass zahlreiche Aspekte der Fortschrittskritik, wie sie die Gründungsgrünen formulierten, in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft einen kräftigen Resonanzkörper gefunden haben. Gilt dies ebenfalls für die eben geschilderten Facetten grüner Fortschritts- und Technologiekritik in den 1980er Jahren? Andreas Wirsching hat für die Geschichte der Bundesrepublik die These formuliert, dass die Planungs-, Technik- und Fortschrittskritik, welche weite Teile der bundesdeutschen Gesellschaft seit den mittleren 1970er Jahre geprägt habe, gegen Ende der 1980er Jahre von einem »neuen Optimismus, einer neuen Planungseuphorie und einem neuen Technokratismus« abgelöst wurde, sodass markante Teile der bundesdeutschen Gesellschaft ge-

100 Ebd.

101 Bundestagswahlprogramm 1987, S. 13.

102 Dazu: *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 393–398. Vgl. auch den Beitrag von Larry Frohman in diesem Band.

103 Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN: Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Lebens- und Arbeitswelt von Frauen (I). Kosten staatlicher Förderung und Erwerbsarbeit, Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/4025, 16.10.1985, S. 2.

104 *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 435f.

105 Sofortprogramm 1983, S. 21.

rade dem technischen Fortschritt im Bereich der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien offen, wenn nicht sogar begeistert gegenüberstanden.¹⁰⁶

»In Form eines komplexen, dialektischen Prozesses ›kippte‹ die Stimmung gewissermaßen: Optimistischere Prognosen und hoffnungsvollere Erwartungen traten zunächst neben, bald aber an die Stelle des grassierenden Kulturpessimismus. Neue Formen des Fortschrittsdenkens und der Technologieakzeptanz begründeten neue Modernisierungspostulate und wiesen gebieterisch in eine als hell deklarierte Zukunft, für die George Orwell eben nicht der geeignete Maßstab zu sein schien.«¹⁰⁷

Diese für die Mehrheit der bundesdeutschen Gesellschaft überzeugende Einschätzung trifft auf die Grünen offenbar nicht zu, zumindest noch nicht in den 1980er Jahren. Allerdings bedürfte es eines genaueren Blicks auf die Positionsbestimmungen und internen Debatten der Partei in den 1990er Jahren bis hin zur Gegenwart, um einigermaßen abschätzen zu können, ob sie in puncto Fortschrittsverständnis und Technikbegeisterung ihren Abstand zu der in dieser Hinsicht »davoneilenden« Mehrheitsgesellschaft »aufholten«. Manches spricht dafür. So zeigt ein stichprobenartiger Blick ins Grundsatzprogramm der Partei von 2002, dass Gen- und nun auch Biotechnologie zwar weiterhin als überaus risikoreich eingestuft wurden¹⁰⁸, dem Zusammenhang von Technologie und Umweltschutz nun aber ein ungleich größerer Stellenwert zukam als noch in den 1980er Jahren.¹⁰⁹ Unter dem Stichwort »Informationstechnologien« wiederum verwiesen die Grünen nun nicht mehr bloß auf die demokratischen Risiken neuer Techniken, sondern auch auf deren partizipatorische und emanzipatorische Potenziale.¹¹⁰

Festzuhalten bleibt, dass grüne Fortschrittskonzepte in den 1980er Jahren mindestens ebenso differenziert zu betrachten sind wie diejenigen während ihrer Formierungsphase. Denn die skizzierte grüne Skepsis gegenüber dem technischen Fortschritt zeigte sich keineswegs in allen Bereichen so deutlich wie in dem der Informationstechnologie oder der Neuen Medien. Sehr viel differenzierter fielen die grünen Positionsbestimmungen in anderen Themenbereichen aus. Denn für die Grünen der 1980er Jahre gehörten zwei Prinzipien zu den unverzichtbaren Kernbestandteilen eines positiv besetzten Fortschrittsbegriffs: Zum einen war für sie die Reformierung und Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft, die in den 1960er und 1970er Jahren stattgefunden hatte, nicht verhandelbar. Sie sollte auch und gerade über die liberalkonservative »Bonner Wende« der Jahre 1982/83 hinaus vorangetrieben werden.¹¹¹ Zum anderen hielten gerade diejenigen Grünen, die aus dem linken oder dem Gewerkschaftsspektrum stammten, einen sozialen Fortschritt hin zur materiellen Besserstellung der Arbeitnehmer sowie anderer, wenig privilegierter Schichten für unverzichtbar. Inwiefern sich dieses liberal-humanistische Fortschrittsverständnis in den Politikfeldern »Demokratie und Bürgerrechte«, vor allem aber »Arbeit und Soziales« widerspiegelte, ist Gegenstand der beiden folgenden Abschnitte.

106 *Andreas Wirsching*, Durchbruch des Fortschritts? Die Diskussion über die Computerisierung in der Bundesrepublik, in: *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung* 2009/10, S. 207–218, Zitat: S. 207. Vgl. auch *ders.*, Abschied vom Provisorium, S. 361–419, sowie S. 434–444.

107 *Wirsching*, Durchbruch des Fortschritts?, S. 209f.

108 Bündnis90/Die Grünen (Hrsg.), *Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis90/Die Grünen*, Berlin 2002, zum Beispiel S. 18f., 55–57 und 86f. Fortan zitiert als: *Grundsatzprogramm* 2002.

109 Seinerzeit fanden Umwelttechnik und neue Technologien, etwa zur umweltfreundlichen Energieerzeugung, in grünen Programmpapieren teilweise nur recht vage Erwähnung und schienen manches Mal eher eine Art Platzhalter für noch nicht ausgereifte politische Konzepte, zum Beispiel eine alternative Energiepolitik, zu sein. Vgl. etwa *Bundesprogramm* 1980, S. 11 und 17.

110 *Grundsatzprogramm* 2002, zum Beispiel S. 18, 106–109, 118 und 127f.

111 Zur Liberalisierung: *Ulrich Herbert* (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002.

V. BÜRGERRECHTE UND DEMOKRATIE FÜR ALLE: GRÜNE INTEGRATIONSPOLITIK UND DIE VISION EINER »MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT«

Für die Mehrheit der Gründungsgrünen stand die neu gegründete Partei in der Tradition nicht zuletzt jener Bewegungen, die sich, angefangen mit der APO, seit den 1960er Jahren für Grundrechte und Demokratie eingesetzt hatten. Der Auseinandersetzung mit »Radikalerlass« und »Repression« kam vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die zahlreiche Parteigründer in den 1970er Jahren selbst gesammelt hatten, eine noch größere Rolle zu. Insofern nahm das Politikfeld »Demokratie und Bürgerrechte« in den Programmen und der alltäglichen Arbeit der Partei von Anfang an breiten Raum ein. Thematisch orientierte es sich zunächst an den Anliegen, Erfahrungen und Forderungen der 1960er und 1970er Jahre, von denen zahlreiche fortgeführt wurden. Das waren traditionell von den Grünen vertretene und von den etablierten Parteien wie der Mehrheitsgesellschaft vernachlässigte oder gar diskriminierte Gruppen, die sich in den Protestbewegungen organisiert hatten und deren Interessen und Anliegen wichtige Themenfelder grüner Politik blieben. Zu denken ist vor allem an die Frauen- sowie die Schwulen- und Lesbenbewegung. Gleichzeitig entdeckte grüne Bürgerrechtspolitik in den 1980er Jahren neue Themenfelder und Akteure, die von den etablierten Parteien nicht angemessen repräsentiert wurden. Damit rückten die Themen »Migration und Integration« verstärkt ins Zentrum grüner Politik, was in der Kontinuität des Ideals stand, sich für Minderheiten und Marginalisierte einzusetzen. »DIE GRÜNEN«, so hieß es im Aufruf zur Bundestagswahl von 1987, »sind die Partei der Menschenrechte und die der Minderheitenrechte. In ihr melden sich die zu Wort, die zu wenig Gehör finden und die ihre Freiheitsrechte einfordern. Im Zusammenleben mit Minderheiten entfaltet sich die demokratische und freiheitliche Kultur einer Gesellschaft.«¹¹²

Das Engagement der Grünen für eine liberale Ausländer- und Migrationspolitik ist vor dem zeithistorischen Hintergrund der 1980er Jahre zu betrachten, in denen dieses Politikfeld immer stärker zum Gegenstand heftiger und zunehmend vergifteter Auseinandersetzungen geriet.¹¹³ Bereits 1973 hatte mit dem »Anwerbestopp« eine neue Phase in der bundesdeutschen Ausländerpolitik begonnen: Der Zuzug sogenannter »Gastarbeiter«, die in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und Arbeitskräftemangels ins Land gekommen waren und zu einem beträchtlichen Teil zum bundesdeutschen »Wirtschaftswunder« beigetragen hatten, wurde nun, vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Rezession, beendet. Neue Themen wie Familiennachzug, bildungs- und sozialpolitische Gleichberechtigung sowie die politische und rechtliche Situation von in Deutschland lebenden Ausländern rückten ins Zentrum der Debatten. Obwohl Anfang der 1980er Jahre bereits die sozial-liberale Bundesregierung Maßnahmen zur »Rückkehrförderung« von »Gastarbeitern« in ihre Herkunftsländer angestoßen hatte, erfuhr das Feld der Ausländer- und Asylpolitik mit der liberalkonservativen »Bonner Wende« von 1982/83 eine weitere Ideologisierung und Emotionalisierung, bei der sich die politischen Lager einander zunehmend unversöhnlich gegenüberstanden.

112 Die Grünen (Hrsg.), Zur Bundestagswahl 1987. Brief an unsere Wähler, Bonn [1987], S. 2, URL: <http://www.boell.de/downloads/stiftung/1987_Wahlaufufruf.pdf> [10.7.2012]. Fortan zitiert als: Wahlaufufruf 1987.

113 Hierzu und zum Folgenden: *Ulrich Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 231–285; *Karin Hunn*, »Nächstes Jahr kehren wir zurück...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005; *Karl-Heinz Meier-Braun*, Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs, Mainz/München 1988, S. 18–74; *Klaus J. Bade/Jochen Oltmer*, Normalfall Migration, Bonn 2004; sowie *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 296–308.

Ein Ereignis, in dem das Klima der frühen 1980er Jahre brennglasartig aufscheint und bei dem auch das Engagement der frisch in den Deutschen Bundestag gewählten Grünen öffentlich sichtbar wird, ist der Fall des türkischen Asylbewerbers Cemal Kemal Altun, der bundesweite Aufmerksamkeit erregte.¹¹⁴ Als Gegner der türkischen Militärregierung, die sich im September 1980 an die Macht geputzt hatte, war Altun Anfang 1981 nach Westberlin geflüchtet, wo er einige Monate später einen Asylantrag stellte. Als die türkischen Behörden wegen einer vermeintlichen Straftat seine Auslieferung verlangten, wurden die Spannungen zwischen geltendem Asylrecht und gültigen Auslieferungsabkommen sichtbar, denn kurz nachdem die Bundesregierung die Auslieferung bewilligt hatte, wurde Altun als Asylberechtigter anerkannt, wogegen wiederum der dem Bundesinnenministerium unterstehende Bundesbeauftragte für Asylverfahren Einspruch erhob. Bei der Verhandlung vor dem Berliner Verwaltungsgericht Ende August 1983 stürzte sich der 23-Jährige aus dem sechsten Stock des Gerichtsgebäudes und starb. Der Fall Cemal Altun, der bereits vorher Gegenstand heftiger Debatten und innenpolitischer Auseinandersetzungen gewesen war, gewann durch den Suizid nochmals an politischer Brisanz, zumal im Nachhinein öffentlich wurde, dass der ohnehin als Hardliner bekannte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in einem Brief an seinen liberalen Amtskollegen im Justizministerium, Hans A. Engelhard, die schnelle Auslieferung verlangt hatte, auch »im Interesse einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet.«¹¹⁵ Die liberale Presse sprach von »kaltem Grauen«¹¹⁶ und »zynischer Paragraphentreue«¹¹⁷, während die Politik den Fall zum Gegenstand grundsätzlicher Positionsbestimmungen in der Asyl- und Ausländerdebatte machte.

Bereits vor dessen Suizid hatten sich die Grünen Cemal Altuns angenommen, ein Bleiberecht für den türkischen Oppositionellen gefordert und immer wieder darauf hingewiesen, dass ihn in der Türkei Haft und Folter erwarteten. So protestierten Abgeordnete der Partei vor dem türkischen Konsulat in Frankfurt am Main, die Westberliner AL-Abgeordnete Rita Kantemir besuchte ihn in der Auslieferungshaft und sein Mandat übernahm der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Wieland, der ebenfalls Mitglied der Alternativen Liste war. Eine große öffentliche Aufmerksamkeit erregende Aktion vor dem Bundeskanzleramt, bei der sich einige grüne Abgeordnete in einem Käfig »an den Zaun der Casa Kohl« ketteten, stand wiederum ganz im Zeichen der bereits beschriebenen grünen Symbolpolitik. Sie schaffte es bis in die Abendnachrichten und brachte den Beteiligten einen Strafbefehl wegen Verletzung der Bannmeile ein.¹¹⁸ Schließlich machten die Grünen den Fall Cemal Altuns mehrfach zum Thema von Fragestunden¹¹⁹ und Debatten im Bundestag. Inhaltlich verknüpften die grünen Reaktionen auf den Fall Cemal Altuns die Bereiche Asyl- und Ausländerpolitik miteinander und stellten ihn in eine Linie mit der als repressiv

114 Zum Hintergrund sowie zur Chronologie der Ereignisse vgl. das entsprechende Kapitel in: *Niels Seibert*, *Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964–1983*, Münster 2008, S. 180–190, sowie das Papier: *Cemal Kemal Altuns Tod und das Asyl- und Auslieferungsrecht*, AGG, B. II. 1., Nr. 3081. Außerdem: *Herbert*, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 266f.

115 Dieses Zitat: *Cemal Kemal Altuns Tod*, S. 5, sowie in der Presseberichterstattung, zum Beispiel: *Zimmermann forderte die zügige Übergabe Altuns an die Türkei. Justizministerium spricht von »erheblichen Spannungen« zwischen Asyl- und Auslieferungsrecht*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.9.1983.

116 *Klaus Dreher*, *Politisches Spiel mit der Akte Altun*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2.9.1983.

117 *Hans Schueler*, *Auslieferungsrecht gegen Asylrecht: Wo Paragraphentreue zynisch wird. Der Fall Altun: Menschlichkeit ist nicht gefragt*, in: *Die ZEIT*, 9.9.1983.

118 *Seibert*, *Vergessene Proteste*, S. 184, sowie: *Strafbefehle wegen Altun-Aktion: »Öffentlicher Aufzug in der Bannmeile«*, in: *taz*, 5.11.1983. Dort auch das Zitat.

119 Vgl. zum Beispiel *Deutscher Bundestag*, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/300 und 10/320, August 1983.

gebrandmarkten Strategie der Bundesregierung in diesem Politikfeld. Den Suizid des 23-jährigen Asylbewerbers verorteten sie in ein und demselben Kontext mit den Bemühungen der neuen Bundesregierung, die Rückkehr ehemaliger ›Gastarbeiter‹ in ihre Herkunftsländer zu erreichen. In einer Pressemitteilung zum Tod Altuns sprach die grüne Bundestagsfraktion dementsprechend von einer

»Vertreibungspolitik besonders gegenüber den türkischen Arbeitern [...], die kaum ein Mittel ausläßt, Ausländern das Leben hier zur Qual werden zu lassen. Diese staatlich betriebene Ausländer-Raus-Politik hat die Arbeitsemigranten zu Menschen zweiter Klasse gestempelt, deren politische, soziale und Grundrechte Stück für Stück beschnitten werden.«¹²⁰

Welch scharfe rhetorische Geschütze, im Übrigen von nahezu allen Beteiligten, in der Diskussion um das Ausländer- und Asylrecht aufgeföhren wurden, unterstreicht auch die Bundestagsdebatte vom 5. Oktober 1984, als es um einen von den Grünen eingebrachten Gesetzentwurf für ein Niederlassungsrecht ging.¹²¹ Abermals den Fall Altuns aufgreifend bezeichnete Joschka Fischer die »gegenwärtige Praxis der Ausländerpolitik« als »eine bürokratisch ins Werk gesetzte kalte Vertreibungspolitik« und nannte Bundesinnenminister Zimmermann einen »schäumenden Ausländerfresser« sowie »braunschimmernde[n] Nachlaßverwalter der nationalsozialistischen Ausländer-Polizeiverordnung«.¹²² Solcherlei Polemik, welche auch den politischen Kontrahenten der Grünen keineswegs fremd war, trug zur sich stetig steigenden Emotionalisierung der Debatten bei. Unabhängig davon benannte Fischer in seiner Rede wichtige Grundüberzeugungen, die die ausländerpolitischen Positionen der Grünen vor allem von den beiden Unionsparteien, aber auch vielen Liberalen wie Sozialdemokraten unterschied, und die sich ebenfalls in dem von der Partei eingebrachten Gesetzentwurf niederschlugen. Fischer sprach von dem untragbaren Zustand, dass die Solidargemeinschaft »nach der herrschenden Praxis im Ausländerrecht« nur für Deutsche gelte. Entgegen der steten und von den anderen Parteien vorgebrachten Behauptung, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, habe sich »eine verantwortliche und moralisch in den Menschenrechten begründete Politik« dieser Tatsache jedoch endlich zu stellen, denn »der Umgang der Mehrheit mit der Minderheit« sage »Wesentliches über den Zustand von Freiheit und Demokratie« aus.¹²³

Der grüne Gesetzentwurf für ein Niederlassungsrecht ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die in Deutschland lebenden Ausländer sich in einer Art rechtlicher Grauzone bewegten. Die am Beginn der Anwerbepolitik stehende Vorstellung, die angeworbenen ›Gastarbeiter‹ würden nach einiger Zeit in ihre Herkunftsländer zurückkehren, hatte sich als Illusion erwiesen. Zu Beginn der 1980er Jahre lebten etwa 4,5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, was einem Bevölkerungsanteil von etwa 7,5 % entsprach.¹²⁴ 77 % derjenigen, die aus den ehemaligen Hauptanwerbeländern stammten, lebten seit mindestens acht Jahren in der Bundesrepublik. Nur 2,4 % der Arbeitsmigranten besaßen jedoch eine Aufenthaltsberechtigung, welche den sichersten Aufenthaltsstatus versprach, von konkreten Teilhaberechten ganz zu schweigen.¹²⁵ Diese regelrechte Rechtsunsicherheit

120 Die Grünen im Bundestag, PM Nr. 310/83 vom 30. August 1983, Altuns Tod verlangt Konsequenzen – Rücktritt Zimmermanns gefordert, S. 1, AGG, B. II. 1., Nr. 138.

121 Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes über die Niederlassung von Ausländern (Niederlassungsgesetz), Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1356, 25.4.1984.

122 Joschka Fischer, Rede im Bundestag am 5. Oktober 1984, in: Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 89. Sitzung, 5.10.1984, S. 6581–6583.

123 Ebd., S. 6582f. (Hervorhebung im Original: Fettdruck).

124 Bade/Oltmer, Normalfall Migration, S. 77.

125 Hunn, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, S. 466. Bade/Oltmer, Normalfall Migration, S. 82, notieren, dass 1987 45,8 % aller Ausländer bereits zehn bis 20 Jahre, 13,9 % mehr als 20 Jahre und insgesamt 59,7 % länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik lebten.

griffen die Grünen auf, indem sie forderten, dass »Einwanderer möglichst umfassend die gleichen Rechte und Pflichten wie deutsche Staatsangehörige« erlangen sollten, was dem »zentralen Verfassungsgrundsatz« von der »Gleichheit aller Bürger« entspreche: »Insbesondere die Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, die freie politische Betätigung, die umfassende soziale Absicherung sowie die Chancengleichheit in der Ausbildung konkretisieren den Rechtsstatus des Niederlassungsberechtigten.«¹²⁶ Der grüne Gesetzentwurf sah dementsprechend vor, dass alle Ausländer, die seit fünf Jahren in der Bundesrepublik arbeiteten oder als Nichterwerbstätige seit acht Jahren hier lebten, ein dauerhaftes Niederlassungsrecht erhalten sollten, das Gleichstellung gegenüber deutschen Staatsangehörigen versprach. Darüber hinaus thematisierte das Papier bereits die Möglichkeit eines allgemeinen Wahlrechts für Ausländer.

Der Gesetzentwurf für ein Niederlassungsrecht, den die Grünen gemeinsam mit betroffenen Ausländern erarbeitet hatten¹²⁷, ist nur eine frühe von zahlreichen parlamentarischen Initiativen¹²⁸ und konkreten Forderungen, mithilfe derer die Partei den Status der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zu verbessern trachtete und die über das Ende der Bonner Republik hinaus den Grundkanon grüner Überzeugungen in der Integrations- und Bürgerrechtspolitik bilden sollten. 1989 brachte die Grünen-Fraktion erneut ein Paket von Gesetzentwürfen in den Bundestag ein, das diesmal vier aufeinander abgestimmte Einzelgesetze umfasste: Neben dem abermals geforderten Niederlassungsrecht und einem Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehepartner ging es um ein Einbürgerungsgesetz, das die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft vorsah, sowie die Novellierung des Bundeswahlrechts, welches mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik lebenden Ausländern ein aktives und passives Wahlrecht zusprach.¹²⁹ Damit sollte rechtliche Gleichstellung hergestellt werden, wie die in ausländerpolitischen Fragen federführende grüne Bundestagsabgeordnete Erika Trenz erläuterte: »Unser Interesse war dabei, zu vermitteln, daß gleiche Rechte einzig und allein dadurch bestimmt und hergeleitet werden, daß ein Mensch seinen/ihren Lebensmittelpunkt in der BRD gefunden hat, hier lebt, liebt, arbeitet und kämpft und die Frage der Nationalität hierbei keine Rolle für uns spielt.«¹³⁰ Die hier nur angedeutete Konzeption von Staatsbürgerschaft knüpfte an das *ius soli* an, das die Grünen dem geltenden *ius sanguinis* gegenüberstellten. Der grüne Entwurf für ein Einbürgerungsgesetz sah deshalb auch den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt vor, wenn ein Elternteil ebenfalls in der Bundesrepublik geboren worden war, und zielte damit auf die »dritte Ausländergeneration[, die] in der Bundesrepublik verwurzelt ist und hier ihre Heimat finden wird.«¹³¹ Die im Grundgesetz gebrauchte Formulierung der »Volkssouveränität«, so wurde wiederum im Entwurf zur Änderung des Bundeswahlrechts argumentiert, gelte es stattdessen von einem überkommenen, auf das Abstammungsprinzip rekurrierenden »Volks«-Begriff zu lösen, denn die »pouvoir constitutionnelle« lasse sich nicht »in das Korsett eines rechtstechnischen Instituts wie der Staatsan-

126 Deutscher Bundestag, Drucksache 10/1356, S. 1.

127 Zu den Hintergründen und der Genese des Gesetzentwurfs vgl. Ursula Rütten, Grüne Ausländerpolitik. Ein Gespräch mit Uli Fischer und Muzaffer Tolali von der Bundestagsfraktion der Grünen, in: Fremdworte 4, 1984, S. 25–27 (überliefert in: AGG, B. II. 1., Nr. 3153).

128 Einen Überblick zu den parlamentarischen Initiativen der GRÜNEN im Bundestag in der 11. Wahlperiode (1987–1990) findet sich in: Die multikulturelle Gesellschaft. Für eine demokratische Umgestaltung in der Bundesrepublik. Positionen und Dokumentation, hrsg. v. Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht und Gesellschaft, Bonn 1990, S. 111.

129 Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/4462, 11/4463, 11/4464 und 11/4466, alle vom 3.5.1989.

130 Erika Trenz, Für Gestaltung und glaubwürdiges Handeln. Gegen rhetorische Kraftmeierei – Den Preis zahlen Flüchtlinge und Immigrant/innen – nicht wir!, 30.5.1989, S. 2, AGG, B. II. 1., Nr. 2219.

131 Deutscher Bundestag, Drucksache 11/4464, S. 6.

gehörigkeit zwingen.«¹³² Zuwanderung, pflichtete Bundesvorstandsmitglied Ozan Ceyhun bei einem Hearing im November 1990 bei, müsse »nicht völkisch, sondern nach menschenwürdigen Kriterien« geregelt werden.¹³³

Diese Forderung verwies schließlich auf ein weiteres Feld, das ebenfalls einen Eckstein grüner Ausländer- und Integrationspolitik bildete: das Thema »Asyl«. Das grundgesetzlich verbriefte »Asylrecht für politisch Verfolgte« war für die Grünen nicht verhandelbar, bereits in einer ersten Asylrechtsdebatte Anfang der 1980er Jahre hatten sie dessen »restriktiven Gebrauch« verurteilt.¹³⁴ Von dieser eindeutigen Position wichen sie auch in den folgenden Jahren nicht ab, in denen Asylrecht und Asylpolitik zum Gegenstand einer zunehmend kontroversen und emotionalisierten Diskussion gerieten, die im Jahr der Wiedervereinigung eine erneute Zuspitzung erfuhr: Als die Union angesichts rechtsradikaler Wahlerfolge, 1989 in Hessen und Westberlin, und mit Blick auf die Bundestagswahlen im Dezember 1990 eine von einflussreichen Medien unterstützte Kampagne für die Veränderung des Grundrechts auf Asyl begann, entwickelte sich »zwischen 1990 und 1993 eine der schärfsten, polemischsten und folgenreichsten innenpolitischen Auseinandersetzungen der deutschen Nachkriegsgeschichte.«¹³⁵ In dieser Debatte, die vor dem Hintergrund einer zunehmend polarisierten öffentlichen Meinung sowie einer Vielzahl rechts-extremistischer Gewalttaten gegen Ausländer und Asylbewerber stattfand, stemmten sich die Grünen vehement gegen jegliche Einschränkung des Grundgesetz-Artikels 16, dessen Änderung jedoch 1992 von einer Zweidrittelmehrheit des Bundestags beschlossen wurde und ein Jahr darauf in Kraft trat.¹³⁶

Wiederum eng mit der Asyldebatte verbunden war die Frage, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei. Ähnlich wie die Asyldebatte erschien dieser Punkt an der Wende zu den 1990er Jahren besonders virulent, war aber bereits während der gesamten 1980er Jahre diskutiert worden. Der Historiker und Migrationsexperte Klaus J. Bade bemerkte ein

»parteiübergreifendes Dementi »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland«. Es umschrieb und verstärkte zugleich die in den 1980er Jahren anhaltende politische Konzeptionslosigkeit in den Problembereichen von Migration, Integration und Minderheiten, für deren Gestaltung die ereignisreichen 1980er Jahre als verlorenes Jahrzehnt in die Geschichte eingehen.«¹³⁷

Zumindest die von Bade konstatierte »defensive Erkenntnisverweigerung« war bei den Grünen nicht zu beobachten, die etwa in ihrem Wahlauftritt zur Bundestagswahl 1987 davon sprachen, »daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist«. Hinter dieser von allen Grünen prinzipiell geteilten Formel, die »Kulturvielfalt« als »Chance« begreifen wollte, »um von und mit anderen Kulturen zu lernen«¹³⁸, verbargen sich jedoch unterschiedliche Ansichten, die auch das Feld grüner Ausländer- und Migrationspolitik jenseits geteilter Grundüberzeugungen zum Gegenstand parteiinterner Debatten machten. In ihnen spiegeln sich nicht zuletzt die skizzierten Flügelkonflikte zwischen »Fundis«

132 Deutscher Bundestag, Drucksache 11/4462, S. 4.

133 *Ozan Ceyhun*, Für ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben, in: Die Grünen, Lieber Reinwandern statt Rausländern: »Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?«. Erste Anhörung, 26. Nov. 1990, Bonn 1990, S. 2.

134 Die Grünen (Hrsg.), Diesmal Die Grünen – warum? Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983, Bonn [1983], S. 12.

135 *Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 299.

136 Vgl. ebd., S. 296–322.

137 *Klaus J. Bade*, Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Grundprobleme und Entwicklungslinien, in: Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. Mai 1992 in Potsdam, Bonn 1992, S. 51–67, hier: S. 51.

138 Wahlauftritt 1987, alle Zitate: S. 8.

und »Realos« wider, die teilweise, wie auch in anderen Politikbereichen, die Auseinandersetzung um konkrete Konzepte zu überlagern drohten.

Das macht vor allem die sogenannte Debatte über »offene Grenzen« am Übergang zu den 1990er Jahren deutlich, die eingebettet war in die Diskussion darüber, wie die von den Grünen verfochtene Vision einer »multikulturellen Gesellschaft« konkret auszugestalten sei. Die parteiinterne Auseinandersetzung darüber, und damit über den Kurs der zukünftigen Ausländer- und Integrationspolitik, kulminierte in einem Beschluss, den der Parteitag in Münster am 21./22. Mai 1989 mit knapper Mehrheit verabschiedete. Gerade vor dem Hintergrund der bereits angesprochenen Erfolge rechtsradikaler Parteien stand er unter dem Motto: »Mut zur multikulturellen Gesellschaft – gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.«¹³⁹ Bestand darüber grundsätzlicher Konsens, so riefen konkrete Forderungen der gleichnamigen Resolution bei Teilen der Partei jedoch scharfe Kritik hervor. Das betraf insbesondere folgenden Passus: »DIE GRÜNEN betrachten das Bleiberecht als ein weltweites überstaatliches Menschenrecht, das keine Grenzen kennt. Es ist unvereinbar mit jeder Form der Abschottung von Grenzen.«¹⁴⁰ Insbesondere dieses Postulat und die daraus folgenden Konsequenzen wurden unter dem Stichwort »offene Grenzen« innerhalb der Partei kontrovers diskutiert. Erika Trenz und Monika Bethschneider, beides Expertinnen für Migrationsfragen, kritisierten bereits vor dem Parteitag die Konzeptionslosigkeit, die sie hinter dem Schlagwort vermuteten: »»offene Grenzen« sind eher ein flügelpolitisches Glaubensbekenntnis als eine ernstzunehmende einwanderungspolitische Aussage.«¹⁴¹ Nach dem Münsteraner Beschluss ging Trenz in ihrer Kritik sogar noch weiter, indem sie beklagte, dass »dieser Beschluss [...] unsere Glaubwürdigkeit ggü. ImmigrantInnen und Flüchtlingen und denjenigen, die wir überzeugen wollen, geschadet« hat. Mit dieser stark idealisierten und in ihrer konkreten Ausgestaltung wenig durchdachten Pauschalforderung seien mühsam erarbeitete Konzepte in Einzelfragen, etwa zur rechtlichen Gleichstellung »so neben runter gefallen«. Stattdessen sei es

»ganz klar mal wieder um den Kampf zweier Linien [gegangen], der schon oft in unserer Partei jede Weiterentwicklung politischer Inhalte unmöglich gemacht hat. Mit einer kleinen Mehrheit wurde es wieder einmal geschafft, beim »Kampf gegen Rechts in der eigenen Partei« den »SIEG« davonzutragen.«¹⁴²

Neben diesem an die »Fundis« gerichteten Vorwurf kritisierte sie jedoch ebenfalls die »Realos«. Diese versuchten, so Trenz, Teile des von den Grünen in den Bundestag eingebrachten Gesetzespakets »unter den Tisch fallen zu lassen, weil sie sich weitgehend an das vorherrschende Bewußtsein anpassen (Alle Rechte haben nur Deutsche) und nicht den radikaldemokratischen Ansatz vertreten.«¹⁴³ In der Debatte um den Beschluss von Münster manifestierte sich indes nicht nur abermals der Konflikt zwischen »Realos« und »Fundis«, sondern auch ihrer beiden parteiinstitutionellen Bastionen: Bundestagsfraktion und Bundesvorstand. So tadelte der flüchtlingspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, German Meneses-Vogl, die Entscheidungen der Bundesversammlung als »verwirrend« und »wenig überzeugend«¹⁴⁴, wohingegen die Sprecherin im Bundesvorstand,

139 Die Grünen, Mut zur multikulturellen Gesellschaft – gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, Münster 1989, AGG, B. II. 2., Nr. 831.

140 Ebd., S. 4.

141 Erika Trenz/Monika Bethschneider, Nicht nur Anti-Rassismus – für die multikulturelle Gesellschaft. Thesen zur Fraktionssitzung am 18.4.1989. Schwerpunktthema: Ausländerpolitik, Bonn 1989, S. 1f., AGG, B. II. 1., Nr. 2219.

142 Trenz, Für Gestaltung und glaubwürdiges Handeln. Gegen rhetorische Kraftmeierei – Den Preis zahlen Flüchtlinge und Imigrant/innen – nicht wir! (Hervorhebung im Original).

143 Ebd., S. 2.

144 Die Grünen im Bundestag, PM Nr. 452/89 vom 31. Mai 1989, Verwirrend – wenig überzeugend, AGG, B. II. 2., Nr. 831.

Verena Krieger, das Prinzip der »Offenen Grenzen« verteidigte und betonte, die Bundesrepublik habe »aufgrund ihrer mitverantwortung fuer not und elend in vielen laendern der dritten welt nicht das moralische recht, ihre grenzen zu schliessen.«¹⁴⁵

Damit reagierte Krieger allerdings nicht nur auf die von Trenz, Meneses-Vogl und anderen geäußerte Kritik, sondern insbesondere auf ein Interview, das Daniel Cohn-Bendit dem SPIEGEL gegeben hatte. Darin hatte der »Realo« und designierte Frankfurter Dezernent für Multikulturelles zum einen die Münsteraner Formel vom »allgemeinen Bleibe-recht« kritisiert und zum anderen eine scharfe Grundsatzkritik an vermeintlichen Prämissen grüner Ausländerpolitik formuliert, die in dem Vorwurf gipfelte: »Die Grünen verklären Ausländer, sie verklären Asylbewerber.«¹⁴⁶ Diese Zuspitzung sollte einerseits Positionen in der binnengrünen Auseinandersetzung markieren und gewiss auch die innerparteilichen Gegner provozieren. Andererseits verweist sie auf die bereits angedeuteten Unstimmigkeiten über die konkrete Ausgestaltung der »multikulturellen Gesellschaft«, die zu einem prägnanten und kontrovers diskutierten Symbolwort in der migrations- und integrationspolitischen Debatte der Bundesrepublik avancierte. Während es für die Grünen schlagwortartig die Utopie von einem friedlichen und respektvollen Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen im Einwanderungsland Bundesrepublik auf den Punkt brachte¹⁴⁷, geriet es für ihre politischen Gegner zum Reizwort.¹⁴⁸

Der Begriff der »multikulturellen Gesellschaft« wurde dagegen nicht von den Grünen erfunden, wenn sie ihn auch sehr früh verwendeten und er in der öffentlichen Wahrnehmung eng mit ihnen verbunden war.¹⁴⁹ Zu seiner breiten Bekanntheit trug stattdessen vor allem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wesentlich bei. In einem Interview mit der ZEIT sprach er im Oktober 1988 davon, dass für ein »Land in der Mitte Europas [...] die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance« darstelle.¹⁵⁰ Anderthalb Jahre später veröffentlichte er im SPIEGEL sein »Plädoyer für eine »multikulturelle Gesellschaft«, in dem er nüchtern feststellte: »Es geht nicht mehr darum, ob wir eine multikulturelle Gesellschaft wollen – wir haben sie bereits.«¹⁵¹ Und ganz im Sinne der grünen

145 Die Grünen BuVo, gruene/auslaenderpolitik: bundesvorstands-sprecherin weist kritik cohn-bendits zurück, 29. mai 1989, AGG, B. II. 2., Nr. 831 (Kleinschreibung im Original). Als Beispiel einer weiteren Kritik an Cohn-Bendits Interview: *Franz Scheurer*, Ideologische Ebene und de facto Ebene müssen klar voneinander getrennt werden, in: Die Grünen, Lieber Reinwandern statt Rausländern, S. 15–16.

146 »Die Grünen verklären die Asylbewerber«. Frankfurts designierter Dezernent für Multikulturelles, Daniel Cohn-Bendit, über die Ausländerpolitik seiner Partei, in: Der SPIEGEL, 29.5. 1989, S. 98–103, hier: S. 99.

147 Für die programmatische Bedeutung vgl. etwa: Die Grünen (Hrsg.), Das Programm zur 1. Gesamtdeutschen Wahl 1990, [Bonn 1990], insb. S. 38f. Fortan zitiert als: Bundestagswahlprogramm 1990. Die verschiedenen grünen Positionen zur »multikulturellen Gesellschaft« sind beispielsweise abgebildet in: Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht, Die multikulturelle Gesellschaft. Zur »Bedeutungsvielfalt« des Begriffs bei den Grünen auch: *Susanne Frank*, Staatsräson, Moral und Interesse. Die Diskussion um die »Multikulturelle Gesellschaft« 1980–1993, Freiburg im Breisgau 1995, S. 54–57.

148 Dazu: ebd., sowie *Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 312f. und 322–328.

149 Ein Beispiel für die frühe Verwendung durch die Grünen: *Fischer*, Rede im Bundestag am 5. Oktober 1984, S. 6583. Zum Folgenden sowie zur bundesdeutschen Debatte über die »multikulturelle Gesellschaft«: *Frank*, Staatsräson, Moral und Interesse. Zum Begriff und dessen unterschiedlicher Verwendung durch Befürworter und Gegner vgl. auch *Axel Schulte*, Multikulturelle Gesellschaft. Zu Inhalt und Funktion eines vieldeutigen Begriffs, in: Multikulturelle Gesellschaft. Der Weg zwischen Ausgrenzung und Vereinnahmung? Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. und 10. Dezember 1991 in Bonn, Bonn 1992, S. 11–40.

150 Heiner Geißler, zit. in: »Demokratie ist kein Gesangsverein Harmonie«, in: Die ZEIT, 28.10.1988.

151 *Heiner Geißler*, Meise zu Meise? Plädoyer für eine »multikulturelle Gesellschaft«, in: Der SPIEGEL, 26.3.1990, S. 155–173, hier: S. 158.

Forderung nach Gleichstellung postulierte er, sehr zum Missfallen seiner Parteifreunde in der CDU und vor allem der CSU:

»Viele in unserem Land finden es unerträglich, mit Menschen auf Dauer zusammenzuleben, die aus einer anderen Kultur kommen, eine andere Muttersprache und eine andere Lebensphilosophie als die Deutschen selber haben. Für mich ist es dagegen unerträglich, daß in unserem Land Millionen von ausländischen Mitbürgern mindere Rechte haben als die Deutschen.«¹⁵²

Trotz solcher Überlegungen, die grünen Positionen in vielem ähnelten, unterschied sich Geißlers Plädoyer davon insofern, als er seine Thesen auch vor dem Hintergrund ökonomischer und demografischer Prognosen formulierte, die eine Überalterung der bundesdeutschen Gesellschaft in nicht allzu ferner Zukunft voraussagten. Bei den Grünen war stattdessen äußerst umstritten, ob Einwanderungspolitik überhaupt solcherlei wirtschaftliche Nutzenerwägungen miteinbeziehen dürfe. Zudem lehnten viele Grüne in den 1980er Jahren den Begriff »Integration« ab, da er eine Art Assimilationszwang ausübe. So notierte beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Uli Fischer:

»Für uns ist der Begriff ›Integration‹ ein untauglicher Begriff. Er drückt im Grunde genommen eine Subjekt-Objekt-Haltung aus, die wir von den Ausländern verlangen: er soll sich integrieren. Unser Begriff, den wir ganz bewußt dagegensetzen ist nicht Integration, sondern Gleichberechtigung. Die Menschen, die zu uns kommen, sollen, soweit das möglich ist, z. B. politische Rechte haben genauso wie wir. Sie sollen natürlich auch die gleichen Pflichten haben wie wir.«¹⁵³

Das grüne Konzept der »multikulturellen Gesellschaft« zielte deshalb zunächst vor allem auf die Möglichkeit eines gleichberechtigten Neben- und Miteinanders unterschiedlicher Kulturen in der Bundesrepublik, sodass »ethnische Minderheiten in unserem Land [...] autonom in ihrer Tradition und Kultur leben« können.¹⁵⁴ Andere, wie Daniel Cohn-Bendit, warnten dagegen vor einer stereotypen Idealisierung von Migranten: »Es wäre verheerend«, bemerkte er in seinem bereits angesprochenen und von vielen Parteifreunden kritisierten SPIEGEL-Interview, »wenn man jetzt sagen würde, die eigentlich positive Lebensform ist die, die von den Fremden artikuliert wird. Auch die Grünen müssen kapieren, daß die Ausländer nicht die besseren Menschen sind.«¹⁵⁵ Seine Kollegin im Frankfurter Amt für Multikulturelle Angelegenheiten appellierte dazu, sich »von dieser paternalistischen Mitleidstour, die sich durch diese offene Grenzen Diskussion ja immer wieder gezeigt hat«, zu lösen. Darüber hinaus habe Migrationspolitik immer auch auf die »einheimische Bevölkerung« zu zielen und deren Ängste und Unbehagen ernst zu nehmen.¹⁵⁶ »Es geht nicht darum«, so wiederum Daniel Cohn-Bendit in einem Beitrag aus dem Jahr 1992, »den Ausländerfeinden auch nur einen Millimeter entgegenzukommen. Wohl aber darum, anzuerkennen, daß diese Gesellschaft Schwierigkeiten damit hat, sich als Einwanderungsland zu verstehen.«¹⁵⁷ Ungeachtet dieser Meinungsverschiedenheiten machte grüne Integrationspolitik in den 1980er und dann vor allem in den 1990er Jahren jedoch auch aus, dass sich in der Partei zunehmend Ausländer und Deutsche mit Migra-

152 Ebd., S. 164.

153 Zit. in: *Rütten*, Grüne Ausländerpolitik, S. 26 (Hervorhebung im Original).

154 *Erika Trezz*, Begrüßung und Einführung, in: *Die Grünen, Lieber Reinwandern statt Rausländern*, S. 3–4, hier: S. 3.

155 »Die Grünen verklären die Asylbewerber«, S. 103. Ähnlich und durchaus polemisch argumentiert der »Realo« und Sprecher der ökolibertären Strömung: *Thomas Schmid*, Multikulturelle Gesellschaft – großer linker Ringelpiez mit Anfassen, in: *Frankfurter Hefte* 36, 1989, S. 541–546.

156 Vgl. etwa *Rosi Wolf-Almanasreh*, Wir müssen unsere Politik grundsätzlich ändern, in: *Die Grünen, Reinwandern statt Rausländern*, S. 8–9, hier: S. 8. Ähnlich: *Daniel Cohn-Bendit*, Rede vor der Stadtverordnetenversammlung am 14. September 1989, ohne Paginierung, AGG, A-Fischer, Joschka, Nr. 170.

157 Zit. in: *Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 312.

tionshintergrund engagierten und sich keineswegs bloß zu Fragen von Zuwanderung und Integration äußerten. Dass diese sich immer weniger als Ausländer und Einwanderer, sondern als »neue Inländer« verstanden, unterstrich die Gründung der Initiative »Immi-Grün – Bündnis der neuen InländerInnen«, die der Partei Bündnis90/Die Grünen nahesteht.¹⁵⁸

Darauf, dass Debatten innerhalb der Grünen im Laufe der 1980er Jahre immer stärker durch die Koordinaten und Dichotomien des »Fundi-Realo«-Konflikts gerahmt und teilweise überlagert worden sind, wurde bereits wiederholt hingewiesen. Und auch die Diskussionen um Migrations- und Integrationspolitik bildeten dabei, wie gesehen, keine Ausnahme. Mit dem Auszug vieler »Fundis« und dem vorläufigen Schlusspunkt dieser innerparteilichen Auseinandersetzung am Übergang zu den 1990er Jahren kehrte mittelfristig auch auf diesem Politikfeld Einigkeit über bestimmte Positionen ein. Auch hier sollte sich schließlich die auf Pragmatismus und Reform setzende Perspektive des »Realo«-Flügels durchsetzen. Viele der migrations- und integrationspolitischen Vorstellungen, welche die grünen Debatten der 1980er Jahre geprägt hatten, nicht zuletzt die Frage geregelter Einwanderung und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, sollte die Partei Ende der 1990er Jahre erneut in den politischen und gesetzgeberischen Prozess einbringen, diesmal jedoch von der Regierungsbank aus, als Juniorpartner einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und mit entsprechenden Abstrichen im Vergleich zu den ursprünglichen Forderungen der 1980er Jahre.¹⁵⁹

VI. ARBEIT UND SOZIALES ODER DER WANDEL VON SOZIALSTAATLICHKEIT

War das Themenfeld »Ausländerpolitik und Integration« eines, das in der Kontinuität des radikaldemokratischen Politikverständnisses der Protestbewegungen aus den 1960er und 1970er Jahren stand und eine konsequente Ausweitung des grünen Engagements für Demokratie und Bürgerrechte bedeutete, so bildete die Wirtschafts- und Sozialpolitik hingegen ein Politikfeld, in dem es den Gründungsgrünen zunächst schwergefallen war, klare Programmvorstellungen und Konzepte zu entwickeln.¹⁶⁰ Doch gerade vor dem Hintergrund einer zugespitzten wirtschaftlichen und sozialen Krisensituation in der Bundesrepublik zu Beginn der 1980er Jahre, mit steigenden Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerezahlen, galt es auch dort konkret Position zu beziehen.¹⁶¹ Dadurch dass sich die Partei

158 Vgl. ImmiGrün – Bündnis der neuen InländerInnen, Gründungserklärung, beschlossen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 18.12.1993, sowie ImmiGrün – Bündnis der neuen InländerInnen, Einladung zur ersten ordentlichen Mitgliederversammlung am 19. Februar 1994 (beides: AGG, B. II. 2., Nr. 673). Außerdem: Einfluß mit ImmiGrün, in: Der SPIEGEL, 1.7.1996, S. 44.

159 Vgl. dazu *Bade/Oltmer*, Normalfall Migration, S. 127–132.

160 Detailliert zu den divergierenden Wirtschaftskonzeptionen der Grünen sowie den damit verbundenen programmatischen Auseinandersetzungen: *Frieder Dittmar*, Das Realo-Fundi-Dispositiv. Die Wirtschaftskonzeptionen der Grünen, Marburg 2007. Zu den Grundzügen grüner Sozialpolitik in den 1980er Jahren: *Antonia Gohr*, Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren. Eine Herausforderung für die SPD, Bremen 2002.

161 Zu den zeitgenössischen Sozialstaatsdebatten sowie vor allem den Themen »Armut und Arbeitslosigkeit« vgl. beispielhaft *Martin H. Geyer*, Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: AfS 47, 2007, S. 47–93; *Winfried Süß*, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: AfS 47, 2007, S. 95–126, sowie die beiden Bände: *Thomas Raithel/Thomas Schlemmer* (Hrsg.), Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext 1973 bis 1989, München 2009, und *Hans Günter Hockerts/Winfried Süß* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich, München 2010.

in dem für die 1970er Jahre stilbildenden Antagonismus »Ökologie versus Ökonomie« um das neue Themenfeld »Umwelt« formiert hatte, konnte sie in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zunächst auf wenig eigenes Profil verweisen:

»Die Entwicklung der grünen Wirtschaftsprogrammatik stößt zunächst auf die Schwierigkeit, daß die wirtschaftspolitische Profilierung der GRÜNEN lediglich ein Ergebnis ihrer Parlamentarisierung ist. Es gibt hier keine »bewegungsmäßige« Vorarbeit, das wirtschaftspolitische Standbein (oder Spielbein?) muß eher als Anhängsel einer allgemein gewordenen Friedens-, Frauen- und Naturschutzbewegung verstanden werden. Allerdings bietet dies auch den Vorteil einer unvoreingenommenen Diskussion.«¹⁶²

Dennoch mühten sich die Grünen bereits vor ihrem ersten Einzug in den Bundestag, sich ebenfalls mit den neuen sozialpolitischen Herausforderungen zu beschäftigen, was der große Beachtung findende Kongress »Zukunft der Arbeit« unterstrich, der »Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung« aufzeigen wollte.¹⁶³ Ganz so unvoreingenommen und traditionslos, wie der oben zitierte Michael Opielka, einer der profiliertesten Sozialstaatsexperten seiner Partei, die Ausgangssituation der Grünen im Bereich »Arbeit und Soziales« zeichnete, war sie außerdem nun doch nicht. Gewiss hatte sich das Gros ihrer Wähler, Anhänger und Mitglieder wegen der grünen Kernthemen »Ökologie« und »Frieden« für sie entschieden. Dennoch stammten einerseits viele aus politischen Zusammenhängen, die sie teilweise gerade wegen der dort vertretenen wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen verlassen hatten. Das gilt etwa für zahlreiche ehemalige Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die sich von SPD und DGB abgewandt hatten, weil ihnen dort eine überzeugende Perspektive zur Vereinbarung von ökologischen und ökonomischen Zielen fehlte. Andererseits kamen viele Gründungsgrüne aus dem Alternativmilieu, wo sie alternative Konzepte und Praktiken des Lebens und Arbeitens kennengelernt hatten. Auch auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik war die grüne Partei also keine *Tabula rasa*, sondern konnte auf Erfahrungen aus dem Bewegungskontext der 1970er Jahre zurückgreifen.

In dieser Tradition stehend, schrieben sich die Grünen speziell die Förderung des Bereichs der »alternativen Ökonomie« auf die Fahnen, wozu selbst verwaltete Betriebe und Projekte gehörten, die vom Bioladen über die alternative Landkommune bis hin zu Selbsthilfeprojekten von Arbeitslosen reichten.¹⁶⁴ Von den dort gesammelten Erfahrungen wurden Konzepte und Prinzipien abgeleitet, die sich auch in den Arbeits- und Sozialstaatsvorstellungen der Partei niederschlugen. Im Namen von Dezentralität und Überschaubarkeit plädierte sie für eine basisdemokratische Selbstverwaltung von Arbeit in der Tradition des Genossenschaftsgedankens sowie eine Entflechtung großer Konzerne, die kontrollierbarer gemacht werden sollten.¹⁶⁵ Gleichzeitig formulierten die Grünen eine zuwei-

162 Frank Beckenbach, Das Umbaukonzept der Grünen – ein Beitrag zur Strategie der Wirtschaftsreform?, in: Michael Opielka/Ilona Oster (Hrsg.), Umbau des Sozialstaats, Essen 1987, S. 205–215, hier: S. 206.

163 Die im Oktober 1982 in Bielefeld stattfindende Veranstaltung wurde vom Bielefelder AStA organisiert, zum Trägerkreis gehörten neben den Grünen und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz unter anderem auch der gewerkschaftsnahe »Arbeitskreis Leben« sowie die Jusos. Vgl. Zukunft der Arbeit. Wege aus der Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Kongress am 8. – 10. Okt. '82, Universität Bielefeld, sowie Diskussionsgrundlage [zum Abschluss des Kongresses »Zukunft der Arbeit«], o. O. 1982 (beide überliefert in: AGG, A-Goymann, Andrea/Wiesenthal, Helmut, Nr. vorl. 36).

164 Vgl. etwa den entsprechenden Absatz »Alternative Projekte und Selbstorganisation der Arbeitslosen«, in: Sofortprogramm 1983, S. 22–25. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch: Dittmar, Das Realo-Fundi-Dispositiv, insb. S. 116–148, sowie Gohr, Grüne Sozialpolitik, S. 9–12. Zur Alternativbewegung auch: Reichardt, Authentizität und Gemeinschaftsbindung, sowie ders./Siegfried, Das alternative Milieu.

165 Vgl. zum Beispiel Bundesprogramm 1980, S. 8; Sofortprogramm 1983, S. 6f.

len harsche Sozialstaatskritik, die sich gegen den staatsinterventionistischen Charakter bundesdeutscher Sozialpolitik richtete und in den Denk- und Argumentationstraditionen grün-alternativer Staats- und Verwaltungskritik seit den 1970er Jahren stand: »Die Rolle des Sozialstaats beschränkt sich zunehmend darauf, durch seine Dienste und unter seinem Dach all die negativen Folgen des Industrialismus zu kompensieren. Je gewaltiger diese werden [...], desto mehr Mittel werden von diesen kompensativen Diensten absorbiert.«¹⁶⁶ Ebenfalls in Anlehnung an die Alternativbewegung wurde der Entfremdungscharakter herkömmlicher Lohnarbeit angeprangert. Stattdessen müsse es um die »Wiederaneignung der Arbeit durch den Arbeitenden«¹⁶⁷ gehen, weshalb unter dem Rubrum »sinnvoll arbeiten« auch das Prinzip moderner Arbeitsteilung hinterfragt wurde. Stattdessen gelte es, »ganzheitliche Gemeinschaftsprojekte« aufzubauen, »die alle Lebenszusammenhänge umfassen«. Ziel sei die »Überwindung der entfremdeten Trennung von Theorie und Praxis, von Kopf- und Handarbeit, von wohnen und arbeiten, von Arbeitszeit und Freizeit«.¹⁶⁸ Diese Perspektive beinhaltete ebenfalls eine explizit geschlechterpolitische Komponente, war doch die Frauenbewegung eine der ersten gewesen, die das Modell moderner Arbeitsteilung harsch hinterfragt hatte. In diesem Sinne zielten die Grünen darauf ab, geschlechtlich bedingte Arbeitsteilung aufzuheben, in deren Folge Männer immer noch ungleich stärker auf den lohnarbeitszentrierten und sozialversicherungspflichtigen Produktionssektor, Frauen hingegen auf den Reproduktionsbereich festgelegt waren.¹⁶⁹ Grüne Arbeitspolitik war deshalb in hohem Maße immer auch Frauen- und Emanzipationspolitik.

Insgesamt verweist die grüne Kritik am Prinzip der industriegesellschaftlichen Arbeitsteilung auf einen Arbeitsbegriff, der sich deutlich aus den Erfahrungen der Alternativ- wie der Frauenbewegung speiste und der über das herkömmliche, fordistische Verständnis von Lohn- und Erwerbsarbeit hinausging.¹⁷⁰ Bemerkenswert ist hierbei, dass die Grünen ihre Überlegungen in einem zeitgeschichtlichen Kontext formulierten, in dem sich hergebrachte Arbeitswelten veränderten und sich vermehrt »semantische Verschiebungen und Konflikte um den Arbeitsbegriff« entspannten.¹⁷¹ So war in einigen frühen Programmpapieren der Grünen häufig, wenn auch nicht konsequent, von »Erwerbslosigkeit« statt von »Arbeitslosigkeit« die Rede, »denn Arbeit haben sehr viele Menschen, aber Erwerb nicht.«¹⁷² Möglicherweise habe der Arbeitsplatz, so die nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Gabi Potthast in einem Interview, »einen Wert an sich bekommen«. Aber:

»Wenn etwas Wert hat in dieser Gesellschaft, dann ist es eigentlich das Geld, das über diesen Arbeitsplatz gewonnen wird, denn eine sinnvolle Tätigkeit kann man auch woanders ausüben. Deshalb

166 Michael Opielka, Einleitung: Warum »ökosoziale« Frage?, in: ders. (Hrsg.), Die ökosoziale Frage. Alternativen zum Sozialstaat, Frankfurt am Main 1985, S. 7–12, hier: S. 10.

167 Sofortprogramm 1983, S. 6.

168 Ebd., S. 23.

169 Zu dem auch dem bundesdeutschen Arbeits- und Sozialsystem zugrunde liegenden Modell des »voll erwerbstätigen ›strong male breadwinner« vgl. Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, S. 103, zur feministischen Kritik am hergebrachten Arbeitsbegriff: Geyer, Die Gegenwart der Vergangenheit, S. 85f. Außerdem: Gohr, Grüne Sozialpolitik, S. 12 und 19.

170 Dittmar, Das Realo-Fundi-Dispositiv, S. 127–130. Gohr, Grüne Sozialpolitik, S. 23, spricht von einer »Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsbegriffs«.

171 Winfried Süß/Dietmar Süß, Zeitgeschichte der Arbeit: Beobachtungen und Perspektiven, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), »Nach dem Strukturbruch?« Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 345–365, hier: S. 351. Vgl. auch den Beitrag von Dietmar Süß in diesem Band.

172 Dok. 77, 2. Mai 1984, Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands, Anlage A: April 1984, Sozialmagazin: Alles oder nichts. Interview mit Gabi Potthast, in: Boyer/Heidemeyer, Die Grünen im Bundestag, Bd. 2, S. 490–495, hier: S. 490. Fortan zitiert als: Interview mit Gabi Potthast.

müßte das Problem lauten, wie verteilen wir Gelder so um, daß niemand mehr gezwungen ist, erwerbstätig zu sein.«¹⁷³

Um die Abhängigkeit von Lohn- und Erwerbsarbeit aufzuheben und den Weg für sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit frei zu machen, diskutierten die Grünen stattdessen über die Einführung eines Grundgehalts. »Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe usw.«, argumentierte beispielsweise Potthasts Fraktionskollege Eberhard Bueb, müsse der »Almosencharakter« genommen und »durch ein garantiertes Mindesteinkommen und eine Grundrente« ersetzt werden, »auf die jeder Anspruch hat und die es dem Einzelnen erst ermöglichen werde, selbstbestimmt tätig zu werden.«¹⁷⁴ Mehrere parlamentarische Initiativen und Gesetzentwürfe nahmen sich der Idee der Grundsicherung an¹⁷⁵, die in der Partei – eingebettet in eine übergeordnete Debatte über die Zukunft des Sozialstaats – breit und durchaus kontrovers diskutiert wurde.¹⁷⁶ Den Modellen lag die Vorstellung zugrunde, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln: »als langfristiges Ziel«, so heißt es in einem Thesenpapier Michael Opielkas,

»soll ein neues Grundeinkommenssystem eingeführt werden, durch das die Gesellschaft die Garantie für die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Einwohner ungeachtet des durch Arbeit (oder Vermögen) erzielten Einkommens und ungeachtet der Familiensituation übernimmt. ›Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‹ – mit jener mörderischen Ideologie würde endlich gebrochen.«¹⁷⁷

Ausführlich dargelegt wurde die grüne Idee einer bedarfsorientierten Grundsicherung unter anderem in dem 1986 verabschiedeten Umbauprogramm, das detaillierte Überlegungen und Vorschläge für eine ökologische Transformation der Industriegesellschaft umfasste.¹⁷⁸ Die grünen Programme zu den Bundestagswahlen 1987 und 1990 bestätigten diesen Kurs ein weiteres Mal. Gleichzeitig machten sie deutlich, dass im Konzept der Grundsicherung eben beide Leitlinien grüner Sozialpolitik vereint werden sollten. Auf der einen Seite ging es um konkrete Hilfestellung für die Betroffenen und auf der anderen Seite um den langfristig angelegten Entwurf einer alternativen Arbeitsgesellschaft, in welcher der Arbeitsbegriff von der Fixierung auf Lohn- und Erwerbsarbeit losgelöst sein würde.¹⁷⁹

Wie Dietmar und Winfried Süß in einem jüngst erschienenen Beitrag zur »Zeitgeschichte der Arbeit« festgehalten haben, ging es den Alternativen und, so mag man ergänzen, auch den Grünen »um Arbeit als Lebensform, als Nukleus eines selbst bestimmten Lebens«.¹⁸⁰ Insofern suchten die Grünen auch auf dem Feld der Sozial- und Arbeitspolitik

173 Ebd., S. 492.

174 Dok. 88, 10. Juli 1984, Fraktionssondersitzung, Anlage B: o. D., Sitzungsunterlage: Positionspapier von Eberhard Bueb zur Sozialpolitik, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 2, S. 541–545, hier: S. 544.

175 Vgl. etwa Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/3496, 18.6.1985, und 10/4209, 11.11.1985, zur Forderung einer Grundrente.

176 Vgl. die entsprechenden Beiträge in den aus dem Umfeld der Grünen hervorgegangenen Sammelbänden: *Michael Opielka/Martin Schmollinger/Angelika Fohmann-Ritter* (Hrsg.), Die Zukunft des Sozialstaats, Bd. 1: Sozialstaatskrise und Umbaupläne, 3., überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 1984; *Opielka*, Die ökosoziale Frage; *ders./Georg Vobruba* (Hrsg.), Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklungen und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt am Main 1986, sowie *Opielka/Oster*, Umbau des Sozialstaats. Ausführlich zu den parteiinternen Debatten über die Einführung unterschiedlicher Grundsicherungsmodelle: *Dittmar*, Das Realo-Fundi-Dispositiv, S. 288–303, sowie *Gohr*, Grüne Sozialpolitik, S. 22–30.

177 *Michael Opielka*, Jenseits von Armut und Kapitalismus. Thesen zur Begründung eines »Allgemeinen Grundeinkommens«, Januar 1985, S. 1, AGG, B. II. 1., Nr. 4275.

178 Umbauprogramm 1986, S. 94–97. Vgl. dazu: *Frank Beckenbach*, Umbau der Industriegesellschaft. Ein grünes Konzept und die Voraussetzungen seiner Verwirklichung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9, 1986, S. 1025–1076.

179 Vgl. etwa Bundestagswahlprogramm 1990, S. 23.

180 *Süß/Süß*, Zeitgeschichte der Arbeit, S. 354.

Impulse aus den außerparlamentarischen Bewegungen und Milieus aufzunehmen und die selbst gewählte Rolle als deren parlamentarisches »Spielbein« zu erfüllen. Ein weiterer Gedanke, der sich aus solch einem alternativen Arbeitsbegriff ableitete, war die immer wieder vorgebrachte Forderung nach Umverteilung von Arbeit. Aus den steigenden Arbeitslosenstatistiken leiteten die Grünen die Einsicht ab, dass Arbeit offenbar nicht unbegrenzt vorhanden war und deshalb gerecht zu verteilen sei. Maßnahmen, die teilweise auch aus dem Gewerkschaftsspektrum gefordert wurden, wie die 35-Stunden-Woche, Überstundenabbau, aber auch Teilzeitarbeit und vermehrte Freistellungsmöglichkeiten, sollten bei vollem Einkommensausgleich für die unteren und mittleren Lohngruppen umgesetzt werden.¹⁸¹ Neben dem zu erwartenden »positiven Arbeitsplatzeffekt« ging es auch bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung um »die Schaffung größerer zeitlicher Freiräume, die den Menschen sinnvolle und kreative Tätigkeiten auch außerhalb der Erwerbsarbeit ermöglichen.«¹⁸² Ob Arbeitsplatzverkürzung oder Grundsicherung, beidem lag langfristig die Idee einer »grundlegende[n] Abkehr vom bisherigen Prinzip des Sozialstaats« zugrunde: »Leistungen sollen nicht mehr an Wachstumsraten des kapitalistischen Systems gekoppelt werden, die Verteilung und Höhe der Leistungen soll nicht mehr alle Diskriminierungen, Ungerechtigkeiten und auch Privilegien des Erwerbssystems widerspiegeln und noch verstärken.«¹⁸³ Den Anspruch auf Existenzsicherung, so Helmut Wiesenthal, wollten die Grünen von der Erwerbsbiografie abgekoppelt wissen.¹⁸⁴

Ungeachtet solcher auf Langfristigkeit ausgelegter Konzepte galt es jedoch in den Sozialstaatsdebatten der 1980er Jahre konkret Position zu beziehen. Nicht zuletzt und wenig überraschend spiegelte sich darin, wenn auch nicht entlang klarer Fronten, wieder einmal die Parteigeschichte der 1980er Jahre dominierende Konflikt zwischen »Fundis« und »Realos« wider. Während die Vertreter des radikaloppositionellen Konzepts für den Ausstieg aus der Industriegesellschaft plädierten, argumentierten die Reformanhänger für deren Umbau. Welche Sprengkraft das darin angelegte Spannungsverhältnis zwischen langfristigen Arbeits- und Sozialstaatsutopien auf der einen und tagespolitischen Herausforderungen auf der anderen Seite zu entfalten drohte, illustriert beispielhaft das bereits angesprochene Interview, das Gabi Potthast im April 1984 dem »Sozialmagazin« gab und an dem sich eine heftige Debatte über die sozialpolitische Grundausrichtung der Grünen entzündete. In ihrem Gespräch mit zwei Redakteuren der Zeitschrift hatte die Bundestagsabgeordnete, die Mitglied im Bundestagsausschuss für Sozialordnung war, mit Aussagen auf sich aufmerksam gemacht, die sowohl bei den Interviewern als auch bei zahlreichen ihrer grünen Parteifreunde auf harsche Kritik stießen. Grundsätzlich sprach sie sich gegen das Prinzip einer reformistischen Politik der »pragmatischen Schritte« aus.¹⁸⁵ Statt konkrete sozialpolitische Forderungen zu formulieren und damit »in der Logik unseres Wirtschaftssystems« zu verharren, gelte es dagegen, den Ausstieg aus der Industriegesellschaft vorzubereiten, was durchaus auch die Rückkehr zu vorindustriellen Zuständen bedeuten könne.¹⁸⁶ Die im Laufe des Gesprächs mehrfach formulierte Skepsis, wenn nicht gar Verweigerung gegenüber kurzfristigen sozialpolitischen Forderungen, etwa dem von den Grünen entwickelten Programm zur Arbeitsplatzbeschaffung, geriet ebenso zum Anstoß der Kritik wie eine von den Interviewern bemängelte Mittelschichtattitüde. Auf

181 Vgl. vor allem Umbauprogramm 1986, S. 10f., aber auch Bundesprogramm 1980, S. 8f., sowie Bundestagswahlprogramm 1987, S. 34 und 42–45.

182 Sofortprogramm 1983, S. 10. Vgl. ebenfalls den Gesetzentwurf des Abgeordneten Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN: Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes (AZG) vom 25. Oktober 1984, Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/2188, 25.10.1984.

183 Sofortprogramm 1983, S. 27.

184 Helmut Wiesenthal, Programme, in: Raschke, Die Grünen, S. 113.

185 Interview mit Gabi Potthast, S. 493.

186 Ebd., S. 494.

die Frage, was sie beispielsweise einem arbeitslosen Sozialpädagogen raten würde, antwortete sie:

»Ich hab' da unheimliche Schwierigkeiten, überhaupt Empfehlungen auszusprechen, weil es da so etwas gibt wie den Einstieg in die Lethargie, wo der Wille nicht mehr ausreicht, etwas Produktives zu machen, um Bestätigung zu bekommen. Also ich hab' für mich erstmal keine Probleme, mein Leben sinnvoll zu gestalten, ohne daß ich in irgendeiner abhängigen Erwerbsarbeit stecke.«¹⁸⁷

Es waren solche Äußerungen, die von Potthasts Parteifreunden als zynisch empfunden wurden und deshalb für zum Teil heftige Reaktionen sorgten. Annemarie Borgmann und Antje Vollmer, zwei von drei Sprecherinnen der grünen Bundestagsfraktion, distanzierten sich klar von den Kernpassagen des Interviews, denn es sei ein »Unding, wenn DIE GRÜNEN [...] für Sozialhilfeempfänger [...] nur den Ratschlag übrig haben, daß sich in einer selbstversorgten Landkommune mit DM 350 gut auskommen ließe.« Stattdessen sprachen sie sich dezidiert für eine Politik der pragmatischen Reformschritte aus, denn »jede Maßnahme, die auch nur ein Stück weit die Menschen vor Ausbeutung und sozialer Verelendung schützt, ihre materielle und damit psychische Lage wenigstens annähernd verbessert«, müsse versucht werden.¹⁸⁸ Ins gleiche Horn stießen die Autorinnen eines Offenen Briefs der Bundesfrauen-AG, wenn sie notierten: »Auch und gerade wer keine reformistischen Politikkonzepte vertritt, kann nicht – um einer abstrakten Utopie willen – zynisch über konkrete Probleme von Menschen hier und jetzt hinweggehen.«¹⁸⁹ Dennoch gab es auch andere Reaktionen. Eberhard Bueb, Willi Hoss, Michael Opielka und Karin Zeitler, allesamt ausgewiesene Sozialexperten der Partei, beanstandeten das Interview zwar ebenfalls und unterstrichen, dass sie Sozialabbau grundsätzlich ablehnten. Dennoch stimmten sie Potthast in einigen Punkten implizit zu, wenn sie etwa kritisierten, dass der Sozialstaat »in den zerstörerischen Schienen des Industriesystems« laufe: »Wo der Sozialstaat zu helfen verspricht, ist er zumindest kontraproduktiv. Weil er nach den Prinzipien des Industriesystems organisiert ist: professionell, arbeitsteilig, formalrechtlich, zerstückelnd.«¹⁹⁰

Das sozialpolitische Dilemma der Partei, das anhand der Auseinandersetzungen um das Interview von Gabi Potthast exemplarisch deutlich wurde, beantworteten die Grünen mit einem für ihre Frühphase in mancherlei Hinsicht charakteristischen »Sowohl als auch«, was ebenfalls den geschilderten Flügelkämpfen geschuldet war. In diesem Sinne suchten die Grünen neben der langfristig angestrebten Utopie einer alternativen (Arbeits-)Gesellschaft dennoch konkrete sozialpolitische Vorstellungen in aktuellen Debatten zu formulieren. Bereits in dem angesprochenen Sofortprogramm »Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau«, das sie 1983 verabschiedeten, wurde diese zweigleisige Strategie festgeschrieben.¹⁹¹ Zu diesen kurz- und mittelfristigen Zielsetzungen gehörte zunächst die pauschale Ablehnung jedweden Sozialabbaus, wie er vor allem von der neu gewählten christlich-liberalen Bonner Koalition befürchtet wurde. Neben konkreten Forderungen wie der nach Arbeitszeitverkürzungen oder dem Plädoyer für eine Grundsicherung entdeckten die

187 Ebd., S. 491f.

188 Dok. 77, 2. Mai 1984, Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands, Anlage C: o. D., Annemarie Borgmann, Antje Vollmer: Stellungnahme zum Interview mit Gabi Potthast, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 2, S. 497–499, hier: S. 497.

189 Dok. 77, 2. Mai 1984, Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands, Anlage D: 6. Mai 1984, Offener Brief der Bundesfrauen-AG an Gabriele Potthast/MdB, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 2, S. 499–500, hier: S. 500.

190 Dok. 77, 2. Mai 1984, Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands, Anlage B: o. D., Anmerkungen zum Interview von Gabi Potthast im »Sozialmagazin« von Eberhard Bueb, Willi Hoss, Michael Opielka, Karin Zeitler, in: *Boyer/Heidemeyer*, Die Grünen im Bundestag, Bd. 2, S. 495–496, hier: S. 496.

191 Sofortprogramm 1983, S. 10.

Grünen darüber hinaus vor allem jene gesellschaftlichen Gruppen für sich, die über keine sozialpolitische Lobby verfügten. Hier traf sich der sozialpolitische mit dem bereits geschilderten bürgerrechtlichen Marginalisierungsdiskurs. Dieser entspann sich vor dem Hintergrund laufender Debatten um »Neue Armut« und die »neue soziale Frage«. Letztere hatte der damalige rheinland-pfälzische Sozialminister sowie spätere CDU-Generalsekretär und Bundesfamilienminister, Heiner Geißler, Mitte der 1970er Jahre auf die politische Agenda gebracht. In Abgrenzung zu den stark tarifparteilich geprägten Sozialstaatsvorstellungen von SPD und Gewerkschaften kritisierte er überholt erscheinende, bloß »lohnarbeitszentrierte Konzeptionen der sozialen Sicherung« und zielte stattdessen auf die Unterprivilegierung von gesellschaftlichen Gruppen, die keine sozialen Sicherungsansprüche über ein geregeltes Arbeitsverhältnis hatten.¹⁹² In eben diese sozialstaatliche Leerstelle suchten auch die Grünen vorzustoßen, wenn sie sich insbesondere jener Gruppen annahmen, die von den Sicherungssystemen des klassischen Sozialstaats nicht erfasst wurden und so buchstäblich durch das soziale Netz fielen. Bereits in ihrem Bundesprogramm von 1980 vermerkten sie, »daß trotz steigender Einkommen eine reale Verarmung stattfindet, deren Opfer neben den Einkommensschwachen vor allem Kinder, Jugendliche, Alte und Behinderte sind.«¹⁹³ Später griffen sie den in der zeitgenössischen Debatte prominent vertretenen Begriff der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« auf, wonach ein Drittel der Gesellschaft in sozialen Belangen von den gut situierten zwei Dritteln zunehmend abgehängt werde.¹⁹⁴ Der Partei gelang es damit, ein bis dato wenig beachtetes sozialpolitisches Thema zu besetzen, für das sie mittels zahlreicher parlamentarischer Initiativen¹⁹⁵, Diskussionsforen und Hearings¹⁹⁶ Aufmerksamkeit sicherte. Darüber hinaus bettete sie es in ihre übergeordneten Sozialstaatskonzeptionen ein, zu denen auch das bereits angesprochene Prinzip der Grundsicherung gehörte. Das unterstrich etwa das »Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut«, welches die grüne Bundestagsfraktion im November 1984 in die Beratungen des Haushaltsausschusses einbrachte.¹⁹⁷ Während die Interessen von Armen von den etablierten Parteien und Verbänden vernachlässigt wurden, trugen die Grünen

192 Geyer, Die Gegenwart der Vergangenheit, S. 86–88, sowie Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat, Zitat: S. 116. Zur »Neuen Armut«: ders., Armut im Wohlfahrtsstaat, in: Hockerts/ders., Soziale Ungleichheit, S. 19–41, sowie Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 330–334. Zur Begriffspolitik der CDU in den 1970er Jahren, zu der nicht nur Heiner Geißlers »Erfindung« der »neuen sozialen Frage« gehörte, vgl. Martin H. Geyer, War over Words. The Search for a Public Language in West Germany, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford/New York 2011, S. 293–330, insb. S. 297–309.

193 Bundesprogramm 1980, S. 5.

194 Vgl. Umbauprogramm 1986, S. 7, sowie Bundestagswahlprogramm 1990, S. 23. Wahlweise sprachen sie auch von der »Vier-Viertel-Gesellschaft«: Bundestagswahlprogramm 1987, S. 33. Vgl. auch Markovits/Gorski, Grün schlägt Rot, S. 234, sowie Gohr, Grüne Sozialpolitik, S. 7. Kritisch zum Begriff der »Zwei-Drittel-Gesellschaft«: Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 333f.

195 Vgl. vor allem Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksachen 10/4503 und 10/4504, 9.12.1985, sowie Drucksache 10/5524, 20.5.1986.

196 Vgl. Die Grünen im Bundestag, Freiheit von Armut. Hearing zum grünen Vorschlag einer bedarfsorientierten Grundsicherung in allen Lebenslagen. Montag, 9. Juni 1986: Einladung und Programm, AGG, B. II. 1., Nr. 4275, sowie: Die Grünen und die Vorbereitungsgruppe für das Forum »Flexibel in die Armut?« (Hrsg.), Flexibel in die Armut! Forum am 6.12. – 7.12.86 Duisburg, AGG, Bibliothek, gend 030–45 a.

197 Die Grünen im Bundestag, Betr.: Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut, sowie PM Nr. 591/84 vom 7. November 1984, Grüne: Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut. Außerdem: »Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut«. Gemeinsame Erklärung der GRÜNEN Nordrhein-Westfalen, Saarland, der Alternativen Liste Berlin und der GRÜNEN IM BUNDESTAG zu einer grünen Schlüsselforderung in den aktuellen Landtagswahlkämpfen, 7.3.1985 (alle: AGG, B. II.1., Nr. 4399).

also ein Gutteil dazu bei, dass das Thema »Neue Armut« kontinuierlich auf die politische Agenda gelangte, währenddessen sich, wie Winfried Süß bemerkt, »die Arbeitnehmer-Sozialstaatspartei SPD der Armutsthematik nur zögernd öffnete«. ¹⁹⁸ Grüne Sozialstaatskritik bildete in den 1980er Jahren deshalb immer auch, wie es Antonia Gohr formuliert hat, »eine Herausforderung für sozialdemokratische Sozialpolitikkonzepte«. ¹⁹⁹

Tatsächlich unterstreicht gerade die Arbeits- und Sozialpolitik, wie angespannt mitunter das Verhältnis der Grünen zu Sozialdemokraten und auch Gewerkschaftern war. Dabei war die Skepsis eine beiderseitige, hatten doch die Gewerkschaften seit den 1970er Jahren den Vorstellungen der Umweltbewegung stets eine klare Absage erteilt, was sowohl deren Kritik an Wachstum und Industriegesellschaft als auch eine klare lebensweltliche Distanz betraf. ²⁰⁰ Vor allem letztere sorgte auch innerhalb der Grünen immer wieder für Konflikte, wenn sich Parteifunktionäre oder Bundestagsabgeordnete ohne akademischen Hintergrund in der Arbeit von Partei und Fraktion nicht mehr wiederfanden. Der bekannte Gründungsgrüne und Gewerkschaftsdissident Willi Hoss etwa beklagte sich während der Vorbereitung auf die Nachrüstungsdebatte im Bundestag, »daß die mehrheitlich intellektuell strukturierte Fraktion den Bereich der einfachen Leute, der Frauen, Gewerkschaftskollegen, Mütter und Kinder [...] unterschätzt.« ²⁰¹ In dieselbe Richtung argumentierte auch der Ulmer Abgeordnete Udo Tischer, der in seinem Austrittsschreiben an die Bundestagsfraktion unter anderem auf seine ganz »anders geartete soziale Herkunft« als konservativer Kaufmann vom Lande verwies, während »fast die gesamte Fraktion aus dem Universitäten- oder Akademikerbereich kommt«. ²⁰² Darüber hinaus kritisierte er die »Eiszeitentwicklungen zwischen GRÜNEN und den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft«. ²⁰³ Bitter sei »die beißende Arroganz, wie grüne Mandatsträger von oben herab programmatisch wie auch auf der persönlichen Kontaktebene mit den Gewerkschaftsführungen umherspringen«. ²⁰⁴

In ihren Programmen vermieden es die Grünen zwar tunlichst, sich allzu deutlich von den Gewerkschaften zu distanzieren und beschworen stattdessen immer wieder und geradezu formelhaft das notwendige Bündnis zwischen Ökologie- und Arbeiter- sowie Gewerkschaftsbewegung. ²⁰⁵ Dennoch widersprach klassische Gewerkschaftspolitik den grundsätzlichen Vorstellungen grüner Sozialpolitik: Die Partei zielte auf jene Gruppen, die weder von den Gewerkschaften noch von den hergebrachten sozialen Sicherungssystemen erfasst wurden, wie etwa die Diskussionen um die »Neue Armut« illustriert haben. Im Zweifelsfall, kritisierten die Grünen, stehe »die ›Solidarität‹ von SPD und Gewerkschaften [...] vor den Interessen der Erwerbslosen.« ²⁰⁶ Des Weiteren stand der von den Grünen vertretene Arbeitsbegriff, welcher auf eine Entkopplung von der Lohn- und Erwerbsarbeit zielte, demjenigen der Gewerkschaften und auch der Sozialdemokraten diametral entgegen. Für diese »galten die Grünen daher lange als Vertreter eines ›arbeit-

198 Süß, *Armut im Wohlfahrtsstaat*, S. 36.

199 Gohr, *Grüne Sozialpolitik*, S. 6.

200 Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 598–600. Zum Verhältnis von Grünen und Gewerkschaften vgl. auch: *Markovits/Gorski*, *Grün schlägt Rot*, S. 248–250, sowie *Raschke*, *Die Grünen*, S. 697–703.

201 Dok. 55, 21. November 1983, Außerordentliche Fraktionssitzung, Anlage A: 22. November 1983, Protokollanhang: Schreiben von Willi Hoss, in: *Boyer/Heidemeyer*, *Die Grünen im Bundestag*, Bd. 1, S. 356–357, hier: S. 356.

202 Dok. 214, 20. Oktober 1986, Fraktionsvorstandssitzung, Anlage A: 17. Oktober 1986, Sitzungsunterlage: Schreiben von Udo Tischer an die Fraktion DIE GRÜNEN, in: ebd., Bd. 2, S. 984–990, hier: S. 985. Vgl. dazu auch: *Wirsching*, *Abschied vom Provisorium*, S. 121.

203 Schreiben von Udo Tischer, S. 984.

204 Ebd., S. 989.

205 Vgl. zum Beispiel Bundesprogramm 1980, S. 5, sowie Umbauprogramm 1986, S. 8.

206 Ebd., S. 58.

nehmerfeindlichen Ausstiegs aus der Industriegesellschaft«.²⁰⁷ Langfristig jedoch entspannte sich das Verhältnis, was einerseits mit einer zunehmenden Öffnung der Sozialdemokratie zusammenhing, in deren sozialpolitische Debatten manch grüne Ideen und Denkanstöße Eingang fanden, und was andererseits mit der Entscheidung in der »Fundirealo«-Kontroverse zusammenhing: Nach deren Abflauen setzten sich vornehmlich die reformorientierten Positionen durch, die sich von den radikalen sozialstaatlichen Infragestellungen und Konzepten der Anfangsphase zunehmend entfernten.²⁰⁸ Der Prozess der machtpolitischen Annäherung zwischen Grünen und Sozialdemokraten nahm zwar seinen Anfang mit ersten rot-grünen Koalitionen in den 1980er Jahren, wie jener in Hessen oder auch in Westberlin. Richtig an Fahrt gewann er jedoch erst in den 1990er Jahren, an deren Ende eine erste von Sozialdemokraten und Grünen gebildete Bundesregierung ihre Amtsgeschäfte in Berlin aufnahm.

VII. FAZIT

Die 1980 gegründete Partei der Grünen ist hervorgegangen aus einer Vielzahl außerparlamentarischer Bewegungen, die das Bild der 1970er und frühen 1980er Jahre bestimmten. Indem sie sich als deren »parlamentarischer Arm« betrachtete, nahm sie zahlreiche der neuen thematischen und stilistischen Akzente auf, die in den Auseinandersetzungen um Umwelt, Frieden und Atomkraftwerke gesetzt worden waren. Gleichzeitig spiegelte die Gründung der Grünen eine Reihe von Unsicherheiten gegenüber Ordnungsmustern, Kategorien und Strukturmerkmalen wider, welche die sich wandelnde bundesdeutsche Gesellschaft »nach dem Boom« bis dato charakterisiert hatten. Die neu auf die politische Agenda getretene Umweltthematik und die mit ihr verknüpften Fragen der Lebensqualität entzogen sich hergebrachten Zuschreibungen und Einordnungen wie dem traditionellen Rechts-Links-Schema. Damit gerieten ebenfalls Schlüsselkategorien der modernen Industriegesellschaft in die Diskussion: Nicht nur die Grünen, aber diese besonders prominent, debattierten darüber, inwiefern Wachstum und Fortschritt weiterhin machbar und erstrebenswert seien und wie diese Begriffe angesichts der neu aufscheinenden ökologischen Parameter künftig inhaltlich zu füllen seien. Mit dem Bonner Repräsentativsystem stellten die Grünen schließlich etablierte parlamentarische Aushandlungsmuster infrage und setzten diesen die Idee basisdemokratischer Verfahren entgegen, welche die in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft seit den 1960er Jahren vermehrt anzutreffende Skepsis gegenüber einem als zentralistisch empfundenen Staats- und Verwaltungshandeln aufgriff.

Mit ihrem Versuch, diese und weitere Impulse des politischen Wandels in die Parlamente zu tragen, haben die Grünen teilweise beachtliche Erfolge verzeichnen können, sich aber auch immer wieder selbst revidieren und verändern müssen. Die teils erheblichen Strömungsgegensätze führten gerade in den 1980er Jahren zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen, hinter denen die thematischen Leitlinien und inhaltlichen Initiativen der Partei in der öffentlichen Wahrnehmung teilweise zu verschwinden drohten. Ungeachtet dessen unterstreicht die grüne Parteiarbeit in ihrem ersten Jahrzehnt jedoch die Fähigkeit der Partei, sensibel auf das Auftreten neuer Themen und Problemlagen zu reagieren, diese aufzugreifen und mal mehr, mal weniger erfolgreiche und umsetzbare Antwortversuche auf neue Herausforderungen des politischen und gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik zu formulieren. Das betraf zum einen die klassischen, aus den Debatten der 1970er Jahre herrührenden Themen aus der grünen Formierungsphase: Umwelt und Frieden, Frauen und Demokratie. Zum anderen weitete sich dieser traditio-

207 Gohr, Grüne Sozialpolitik, S. 32.

208 Ebd., S. 32f.

nelle Einsatz der Grünen für die Rechte und Anliegen von Minderheiten und Marginalisierten auch auf weitere Politikfelder, wie die Integrationspolitik, aus. Die Einsicht, dass die Bundesrepublik bereits am Beginn der 1980er Jahre de facto ein Einwanderungsland war, formulierten die Grünen früher als alle anderen Parteien. Mit ihrer Vision einer »multikulturellen Gesellschaft« lieferten sie ein integrationspolitisches Stichwort, über dessen konkrete inhaltliche Ausgestaltung sie sich zunächst uneinig waren. Im politischen Klima der 1980er und frühen 1990er Jahre, das sich gerade in Fragen der Ausländer- und Migrationspolitik äußerst ideologisiert und emotionalisiert darstellte, wirkte das nicht nur von den Grünen verfochtene Schlagwort zwar zunächst polarisierend, trug aber dauerhaft dazu bei, dass gesellschaftliche Gruppen in den Fokus rückten, die bis dato kaum eine (partei-)politische Lobby besessen hatten. Dasselbe gilt für eine Reihe von Ideen und Impulsen auf dem Feld der Arbeits- und Sozialpolitik, das in den 1980er Jahren zunehmend an Relevanz für die Partei gewann. Angesichts des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft und der damit verbundenen Herausforderungen, die sich an das hergebrachte Modell bundesdeutscher Sozialstaatlichkeit stellten, suchten die Grünen Antworten zu formulieren, die über den fordistischen Arbeitsbegriff und das damit verbundene Sozialstaatsmodell hinausgingen. Ein von ihnen ins Spiel gebrachter alternativer und ganzheitlicher Arbeitsbegriff hinterfragte sowohl das Modell industriegesellschaftlicher Arbeitsteilung als auch ein auf Lohn- und Erwerbsarbeit zentriertes Verständnis, welches die Grundlage für die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik bildete. Neben solchen auf Langfristigkeit angelegten Politikentwürfen standen von Beginn an konkrete sozialpolitische Vorstellungen und Forderungen, die im Laufe der Parteigeschichte immer größere Bedeutung gewannen. Die Sozialwissenschaftlerin Antonia Gohr bescheinigt grüner Sozialpolitik in den 1980er Jahren vor diesem Hintergrund beträchtliche Innovationskraft. Die Grünen hätten »Bewegung in die erstarrte sozialpolitische Landschaft eines seit 30 Jahren eingefahrenen Allparteiensozialstaats« gebracht.²⁰⁹

In der links und progressiv geprägten, zunehmend reformorientierten Agenda der Grünen in den 1980er Jahren spiegelte sich auch die im Vergleich zur Formierungsphase veränderte Zusammensetzung der Partei wider. Von dem breiten Gründungsbündnis unter dem Motto »nicht rechts, nicht links, sondern vorn« waren nach dem Auszug der konservativen Grünen gleich am Beginn des Jahrzehnts und den weiteren Abspaltungen im Zuge der »Fundi-Realo«-Kontroverse vor allem die reformorientierten unter den undogmatischen Linken übrig geblieben. Damit war auch die in den 1980er Jahren noch offengehaltene Frage nach Ausstieg oder Umbau der Industriegesellschaft zugunsten eines pragmatischen Ansatzes entschieden. Ihren Weg in die Berliner Republik und die Regierungsfähigkeit auf Bundesebene beschritten die Grünen dementsprechend als »ökologische Reformpartei«.

Was bedeuten diese Beobachtungen für die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Formierung und Weiterentwicklung der Grünen und einem für die Bundesrepublik der 1980er Jahre feststellbaren »Wandel des Politischen«? Mit Blick auf andere Umweltproteste in diesem Jahrzehnt hat Jens Ivo Engels das Begriffspaar »Inkorporierung und Normalisierung« vorgeschlagen, das auch für die Geschichte der Grünen einige Erklärungskraft entfaltet.²¹⁰ Im Laufe der 1980er Jahre und dann vor allem in den 1990er Jahren schwenkten die Grünen auf den »Normalpfad« parlamentarischer Demokratie ein, wie sie sich in der Bundesrepublik nach 1945 herausgebildet hatte. Gleichzeitig setzte sich innerhalb der Partei die Perspektive der Reform gegenüber der der Fundamentalopposition durch, was Gesprächsangebote an die bundesdeutsche Mehrheitsgesellschaft

209 Ebd., S. 6.

210 Jens Ivo Engels, »Inkorporierung« und »Normalisierung« einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 2008, Nr. 40, S. 81–100.

und Koalitionsoptionen gegenüber anderen Parteien des politischen Systems beinhaltete. Nicht zuletzt davon gingen von grüner Bewegung und Partei Impulse auf Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik aus. So stehen die Grünen nicht zuletzt für ein erfolgreiches Agenda-Setting und die Veränderung von dominanten Werten und Überzeugungen innerhalb der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft. Umwelt- und Frauenpolitik sind hier nur die markantesten Beispiele, die in den 1970er Jahren zunächst als Außenseiterpositionen formuliert worden waren und inzwischen zu festen Bestandteilen der politischen Tagesordnung weit über die Grünen hinaus geworden sind. Ein weiteres, in den 1980er Jahren hinzugekommenes Thema ist das der Integrationspolitik, dessen sich die Grünen sehr früh annahmen. Vielleicht ebenso wichtig scheint eine Frage, die Helge Heidemeyer mit Blick auf die Arbeit der ersten grünen Bundestagsfraktion aufgeworfen hat.²¹¹ Inwiefern haben sich nicht nur die Grünen schrittweise dem Stil der etablierten Parteien angepasst, sondern inwiefern hat das grüne Politikverständnis wiederum auch die Politikmuster der etablierten politischen Akteure verändert? Vieles spricht dafür, dass dieser Prozess der Annäherung zwischen grün-alternativer und etablierter Parteipolitik auch über die Arbeit der Bundestagsfraktion hinaus keine grüne Einbahnstraße war.

Solcherlei Fragen nach dem Einfluss grüner Themen und Handlungsformen lassen sich jedoch nur schwierig endgültig beantworten, zumal sie weit über die 1980er Jahre hinausweisen und viele der von den Grünen mit angestoßenen Debatten bei Weitem noch nicht als abgeschlossen gelten können. Dazu gehört beispielsweise weiterhin die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie ebenso wie die nach der konkreten Ausgestaltung der Bundesrepublik als Integrationsgesellschaft sowie den Wandlungsmöglichkeiten bundesdeutscher Sozialstaatlichkeit. Festzuhalten bleibt, dass die 1980er Jahre am Beispiel der Grünen als Bestandteil einer länger gefassten Epoche des politischen Wandels aufscheinen, der bereits in den späten 1960er Jahren begann und aus heutiger Perspektive als noch nicht beendet aufzufassen ist.

211 Heidemeyer, Einleitung, S. XXXV.

